

conAction

Dezember 2014



ANARCHISTISCHES FORUM OWL



Unsere Treffen
finden jeweils am
1. und 3. Mittwoch
um 18 Uhr in der
Mühlenstraße/Ecke
Metzer Str.
in Bielefeld statt!

ÜBER UNS

Das A-Forum ist die szenenübergreifende, offene anarchistische Organisation für Ostwestfalen Lippe. Wir verfolgen das Ziel, vorhandene anarchistische Strukturen in OWL zu vernetzen und Menschen zusammenzuführen, die alleine in ihrem stillen Kämmerlein von einer besseren Welt träumen und vielleicht gar nicht wissen, dass es ähnlich denkende Menschen gibt.

Fühlt euch frei, zu unseren Treffen zu kommen oder uns erst mal hier zu kontaktieren:

afowl@riseup.net

Fühlt euch frei, die Veränderung zu sein.
PEACE, LOVE, HARMONY & ANARCHY

Das AFOWL möchte die Tradition des "SCHWARZEN FREITAGS" fortführen:
Am jeweils letzten Freitag des Monats gibt es jetzt
ab 20 Uhr eine Kultur-Veranstaltung.



SCHWARZER FREITAG

präsentiert:



Prädikat:
Ganz besonders wertvoll

Der Dokumentarfilm „Vivir la utopia! - Die Utopie leben!“ zeigt die Entwicklung der spanischen anarchistischen Bewegung bis zum Höhepunkt des Kampfes gegen den Faschismus und für die Soziale Revolution 1936 bis 1939. Historische Bilder und Filmaufnahmen lösen sich ab mit Interviews mit 30 alten anarchistischen KämpferInnen. Der Film gibt einen Überblick über die Geschichte der anarchistischen Bewegung Spaniens seit dem 19. Jahrhundert: Die Gründung der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT-AIT (Confédération Nacional del Trabajo) und der FAI (Federación Anarquista Ibérica), die Rolle von Kultur und Erziehung, die Vielfalt der Ideen und Aktivitäten im Vorfeld der Zweiten Republik und insbesondere die Einrichtung und das Funktionieren der Kollektivbetriebe in den ländlichen und städtischen Gebieten.

Eintritt frei,
Snacks und Getränke bitte selbst mitbringen.

Freitag, 30. Jan.
FAU-Büro Bielefeld



20:00 Uhr
Metzer Straße 20

Liebe Freunde_innen und Genossen_innen,

hier ist die Nummer 5 mit, wie schon die Titelseite verrät, dem Schwerpunktthema Arbeit und Arbeitskampf. Ein ewig aktuelles Thema in einer Gesellschaft die sich vorrangig über Arbeit definiert: Leistung und Wachstum allenthalben, der "Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen" werden Vernunft und Anstand geopfert...

Ein ähnlicher "Dauerbrenner" ist ja leider der Deutschen Rassismus und Fremdenhass. Auch hierzu einiges in dieser Ausgabe.

Beachtet bitte auch unseren Schwarzen Freitag am 30. Januar! Der Film "VIVIR LA UTOPIA - Die Utopie leben!", den wir zum 75. Jahrestag der Zerschlagung des Kurzen Sommers der Anarchie zeigen, ist ein absolutes Muss!

Bis dahin: kommt gut rüber!

Mit anarchistischen Grüßen, Euer

Anarchistisches Forum OWL



Wenn ihr Interesse daran habt, was beim AFOWL so passiert und/oder die Download-Ausgabe der conAction abonnieren wollt, schreibt 'ne Mail an:

conaction@riseup.net

Dort könnt ihr auch Kritik, Anregungen und Artikel einreichen.

Bei Fragen zum Forum wendet euch an:

afowl@riseup.net

Anarchismus und Arbeitskampf	4	Rede Louise Michels	21
Anarcho-Syndikalismus	6	Heiliger Mülleimer	22
Der Klassenkampf ist real...	11	Vernetzungstreffen-Rückblick	24
Hetze macht mir Krätze	12	Bericht der Heuschrecken	25
Presseerklärungen des AK Asyl	14	Zur Diskussion	26
Der Goldene Bildungszweig	16	Links	27
Lesetipps	18	Unser Grundsatzprogramm: Seite 20	



Anarchismus und...

Unter dieser Rubrik stellen wir immer mal wieder gängige Themen auf den anarchistischen Prüfstand.

Arbeitskampf

An dieser Stelle möchten wir diesmal einen anarchistisch-anarcho-syndikalistischen Blick auf das Thema Arbeitskampf bzw. Streik richten. Deshalb soll eingangs die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) Frankfurt mit einem Solischreiben an die GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) zu Wort kommen:

„mit diesem Schreiben möchten wir unsere Solidarität zu dem von Ihnen geführten Arbeitskampf um das Recht für einen eigenen Tarif der bei Ihnen organisierten Zugbegleiter-/innen ausdrücken. Insbesondere vor dem Hintergrund der drohenden gesetzlichen Festschreibung der Tarifeinheit haben wir die bisherige Auseinandersetzung mit großem Interesse verfolgt. Wir begrüßen ein entschiedenes Vorgehen gegen jegliche Einschränkung der Koalitionsfreiheit und gratulieren Ihnen zu den ermutigenden und hoffentlich auch richtungsweisenden gerichtlichen Urteilen vom xten und xten November.

Die zunehmende mediale Hetze gegen ihre Arbeitskampfmaßnahmen, die zuletzt nicht einmal vor dem Grundsatz der Wahrung von Persönlichkeitsrechten Halt machte, verurteilen wir hingegen aufs Schärfste.

Für Ihre weitere Auseinandersetzung im Kampf um einen Tarif für bei Ihnen organisierte Mitglieder wünschen wir allen Aktiven neben einem dicken Fell, eine langen Atem und viel Erfolg.“

(Solischreiben der FAU Frankfurt (email: fauffm@fau.org) an die GDL; Solischreiben liegt als pdf-Datei vor).

Praktiziert die FAU Frankfurt mit der Bekundung der Solidarität gegenüber der bürgerlichen GDL und deren Arbeitskampf damit die von Oskar Lubin als für die Entwicklung des Anarchismus als notwendig bezeichnete Neuorientierung zu einer „Vorstellung von Gesellschaft als etwas, das aus verschiedenen starken (und in ihrer Stärke variierenden) Kräften besteht, die in unterschiedlichen Dynamiken mit- und gegeneinander in Beziehung stehen“ (Lubin 2013: 89) und deshalb tatsächlich „Allianzen mit anderen gesellschaftlichen Kräften und Gruppierungen zu bilden – inklusive Parteien: solange die Abschaffung der Staatlichkeit nicht in greifbare Nähe rückt“ (Lubin 2013: 88)? Zu ergänzen ist, dass auch die Abschaffung des Kapitalismus nicht ohne Allianzen mit „anderen gesellschaftlichen Kräften“ (ebd.: 88), z. B. Gewerkschaften, möglich ist.

Notwendig ist eine solch positive Bezugnahme auf Arbeitskämpfe und nicht-anarchistische, gesellschaftliche Kräfte aus anarchistischer Perspektive, da, wieder Oskar Lubin, die Vorstellung „Lohnarbeit, Heteronormativität und Staatlichkeit seien wahlweise auf einmal mit einem libertär-revolutionären Big Bang oder durch kontinuierliche Maulwurfsarbeit im Kommune/

Autonome Zentren/ Besetzte Häuser-Komplex abzuschaffen“ (Oskar Lubin 2013: 89) sich bisher als nicht zielführend erwiesen hat.

Arbeitskämpfe als Direkte Aktionen entsprechen dabei auch bewegungstheoretisch der anarchistischen Orientierung auf die „Tat“ bzw. Praxis. Ist nicht der Arbeitsplatz, bzw. die Lohnarbeit, die zentrale Arena für die Kämpfe gegen die ökonomischen Mächte (Unternehmen, Verbände und die politisch-bürokratischen „Arme“ ökonomischer Interessen) und die, zugegebenermaßen größtenteils akzeptierte, Herrschaft des Kapitals? Folgt aus einer konsequent anarchistischen Perspektive auf das Ziel einer selbstverwalteten, libertären Ökonomie nicht die Notwendigkeit Gewerkschaften, z. B. FAU oder die „Wobblies“ (Industrial Workers of the World (IWW) – Industrie Arbeiter_innen der Welt), beizutreten oder zu gründen? Oder sind Gewerkschaften mit der Tendenz zur Großorganisation und zu Wachstum als gesellschaftlich obsoletere Institutionen zu bezeichnen, da sie etwa in Deutschland in der bürgerlichen Form zu Stabilisierung der Verhältnisse beigetragen haben?

Der Arbeitskampf bietet neben der konkreten Aussicht auf Verbesserung der eigenen sozioökonomischen Lage auch das Potenzial gesellschaftliche Gegenmacht aufzubauen und damit die Möglichkeit „Gelegenheitsfenster“ zu öffnen, um unsere Ideen anderen gesellschaftlichen Gruppierungen mitzuteilen und praktisch zu präsentieren. Bietet die Aussicht auf einen politischen Solidaritätsstreik, z. B. zu Gunsten von Refugees und gegen deren Misshandlung in der EU und an deren Außengrenzen, nicht eine attraktive Option für alle, die gegen rassistische Unterdrückung kämpfen? Die strategische Option des politischen (Solidaritäts-) Streiks oder des Beamtenstreiks ist in Deutschland bisher keine reale, da viele Akteur_innen dem „Mythos des Streikverbots“ anhängen (vgl. kritisch Rolf Geffken). Geffken argumentiert, dass lediglich die Praxis des Streiks dessen legalistische Anerkennung garantieren könne. Fraglich bleibt dabei, ob wir überhaupt eine legalistische Anerkennung brauchen oder wollen.

Die von den Kapitalist_innen, z. B. der ehemalige Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt (vgl. Werner Rügemer in der Streikzeitung), geforderte staatliche Zwangsvereinheitlichung in den Unternehmen durch die Tarifeinheit entspricht der notfalls autoritären Steuerung des Klassenkampfes. Tarifeinheit stellt als politische Forderung eine kontrafaktische und paradoxe politische Positionierung dar, da die Kapitaleseite eigens die Grundlagen der Tarifeinheit zerstört. Die Aufspaltung der Arbeiter_innenschaft durch Leiharbeit, die Austritte von Unternehmen aus Unternehmensverbänden und die Unterstützung sog.

„Scheingewerkschaften“, z. B. Christlicher Gewerkschaftsbund (CGB) oder die Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger (AUB), unterstützt von Siemens und Aldi, haben ausgehend von der Kapitalseite die Tarifeinheit in Frage gestellt. Neben der Notwendigkeit auf solche Praktiken mit Streiks als Abstrafung zu reagieren, zeigt sich, dass die politischen Forderungen der Kapitalist_innen nach Tarifeinheit als Lügen zu dekonstruieren sind, da immer mehr Unternehmen den Weg der Umgehung von Tarifverhandlungen mit schlagkräftigen Gewerkschaften durch Aufbau spezialisierter Arbeitgeberverbände und arbeitgeberfreundlicher Scheingewerkschaften einschlagen (vgl. Werner Rügemer in der Streikzeitung).

Derartige Praktiken durch politische Solidaritätsstreiks (vgl. N14 im Jahr 2012) transnational zu unterstützen zählt zu den anarchistischen Herausforderungen.

Arbeitskampf bedeutet aus anarchistischer Perspektive folglich einen Fortschritt im Kampf um eine stärker selbstbestimmte Le-

bensweise, auch wenn hieraus noch keine gänzliche Abkehr von ökonomischen und politischen Herrschaftsformen folgt.

Referenzen

Geffken, Rolf, Initiative "Politischer Streik" Unsinn - 10 Thesen für eine überfällige Debatte, abrufbar unter: [http://www.drgeffken.de/index.php?id=aktuelleinfos&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=133&tx_ttnews\[backPid\]=17](http://www.drgeffken.de/index.php?id=aktuelleinfos&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=133&tx_ttnews[backPid]=17)

Lubin, Oskar (2013), Triple A – Anarchismus, Aktivismus, Allianzen: Kleine Streitschrift für ein Upgrading, edition assemblage (das Buch findet ihr im FAU-Gewerkschaftslokal bzw. Zentrum Better Days)

Rügemer, Werner (2014), „Tarifeinheit“? Es sind die Bosse, die sie zerstören! Oder: Die Stunde der Heuchler, In: Streikzeitung, Nr. 1 November 2014 (die Streikzeitung findet ihr im Netz und im FAU-Gewerkschaftslokal bzw. Zentrum Better Days)

Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit Niedergang oder Hoffnung?

Vortrag und Diskussion mit Simon E* (Historiker, Philosoph) am Dienstag, 16. Dezember, 19.30 Uhr
im FAU – Lokal, Metzgerstr.20 (Ecke Mühlenstraße), Bielefeld

„Arbeit macht das Leben süß“ – wohlklingende Worte zu diesem Thema kennen wir alle. Die Erwartungshaltung, ‚anständige‘ Berufe zu erlernen, wird uns schon von klein auf antrainiert und fast alle von uns haben sie tief verinnerlicht: die Ethik der Arbeit. Doch es wird immer schwieriger, eine Stelle zu bekommen, von der wir auch tatsächlich leben können. Immer mehr Menschen auf dem gesamten Planeten sind arbeitslos. Parallel und im scheinbaren Widerspruch dazu produzieren immer weniger Menschen immer mehr Gegenstände oder Dienstleistungen. Dies führt zu einer enormen Leistungsverdichtung, Stress, Gesundheitsproblemen und all dem Scheiß. Die Arbeit wird knapper, nur nicht für die, die noch welche haben. Da fehlt die Luft zum Atmen, Depressionen, Aggressionen oder Burnouts sind die Folgen, das System produziert „Ausschuss“ auf allen Ebenen.

*Simon E stellt in einer Reihe von Vorträgen und Diskussionen, die im Dezember in verschiedenen Städten in NRW und darüber hinaus stattfinden, den Begriff der Arbeit in einen kritischen und geschichtlichen Zusammenhang. Von seinen Anfängen in der protestantischen Arbeitsethik über die Diskussionen bei Marx und Engels und bis hin zur anarchistischen Kritik der Arbeit und seiner Bedeutung in der heutigen Gesellschaft. Mehr auf seinem Blog:

<http://ohenarbeit.blogspot.de>

Eintritt frei

Freie ArbeiterInnen Union Bielefeld

Metzgerstr.20, 33607 Bielefeld, Telefon 01573 7957110

<http://bielefeld.fau.org>, faubi-kontakt@fau.org

Die Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit

Vorträge und Diskussionen rund um ein aktuelles Thema



Anarchismus für Einsteiger. Folge 2:

Anarcho-Syndikalismus

Der folgende Text der FAU Moers gibt, so finden wir, einen hervorragenden Einblick in Denk- und Funktionsweise des Anarcho-Syndikalismus

Etwas Besseres als einen Betriebsrat...

Einige notwendige Überlegungen zum Verhältnis von Gewerkschaft und Betriebsrat

Die FAU ist die einzige Gewerkschaft in der BRD, die sich nicht an den Wahlen zum Betriebsratssystem und anderen Stellvertretungsorganen beteiligt. Stattdessen setzt sie auf betriebliche direkte Aktion und kollektives, solidarisches Handeln. Dieser Beitrag erklärt, warum für uns Betriebsräte keine Option sind. Der Frage, wie eine anarcho-syndikalistische Praxis aussehen kann, gehen wir in einer der nächsten Ausgaben nach.

Tell it as it is, baby!

Werfen wir einleitend einen Blick auf die Haltung der FAU in Bezug auf die Betriebsräte.

Die Kurzfassung ist: Wir mögen das System der Betriebsräte überhaupt nicht. Die FAU nimmt unter keinen Umständen an Betriebsratswahlen teil, sie stellt weder Listen auf noch ruft sie zur Wahl einer Liste auf. In den Anfangsjahren, in der Zeit vor 1991, gab es sogar einen Unvereinbarkeitsbeschluss. Wer Mitglied in einem Betriebsrat wurde, musste die FAU verlassen. Das wurde auf dem Kongress 1991 etwas abgeschwächt. Seit her gilt, dass Mitglieder der FAU in Ausnahmefäl-

len und auf eigene Verantwortung auch Betriebsräte sein dürfen. Voraussetzung ist allerdings, dass sie nicht freigestellt sind, also nicht von der Firma für ihre Betriebsratsstätigkeit bezahlt werden und dass sie nicht die FAU mit ihrer Betriebsratsstätigkeit in Verbindung bringen. Des Weiteren müssen sie ihrem Syndikat Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegen. Der Tenor dieser Regelungen ist klar: Es wird nicht gerne gesehen, wenn Mitglieder der FAU Betriebsräte sind, aber es wird anerkannt, dass es in Einzelfällen Gründe geben kann, es dennoch einmal zu tun.

Was haben wir bloß gegen Betriebsräte?

Die ablehnende Haltung der FAU in Bezug auf das System der Betriebsräte verwundert manche, besonders Leute aus der Lin-

ken. Wenn es doch Unternehmen gibt, die mit allen legalen und bisweilen auch illegalen Mitteln versuchen, Betriebsräte zu verhindern oder bei ihrer Arbeit zu behindern, dann muss man doch erst recht dafür sein, oder? Nicht wenige KollegInnen in den Betrieben können unsere Ablehnung hingegen oft sehr gut nachvollziehen. Wie passt das zusammen?

Die ablehnende Haltung der FAU gegenüber Betriebsräten ist keine Kopfgeburt sondern das Ergebnis von Erfahrungen, die Anarcho-SyndikalistInnen immer wieder mit dieser Institution gemacht haben. Welche Erfahrungen das sind, hängt stark damit zusammen, in was für einer Art von Firma man arbeitet. In Fabriken und Großbetrieben werden die meisten den Be-



triebsrat als etwas erleben, von dem man bestenfalls alle paar Monate mal was hört und dann meistens auch nur, weil man in der Werkszeitung liest, dass er wieder einmal eine neue Betriebsvereinbarung unterschrieben hat oder dass der Kantinenausschuss neu besetzt wurde. Dass frau mal nach der eigenen Meinung zu irgendwas gefragt wird, kommt in der Praxis ebenso selten vor wie in der Politik.

In Großbetrieben gibt es auch die vom Betriebsrat gewählten „Freigestellten“, also einen oder mehrere Mitglieder, die nicht mehr arbeiten, sondern von den Firmen für ihre Betriebsratsstätigkeit entlohnt werden. Oft sind diese Ämter quasi „erblich“. Freigestellte sehen manchmal über Jahre hinweg kaum mehr von der Firma als ihr Büro und die Geschäftsführungsetage oder den Aufsichtsrat. Der Betriebsratsvorsitzende (meistens ein

Mann) hat in vielen Firmen ein Abonnement auf einen anschließenden Job als Personalchef oder Arbeitsdirektor. Korruption ist zwar nicht die Regel, aber leider auch nicht die Ausnahme. „Aber“, so werden jetzt manche einwenden, „da gibt es doch auch die ehrlichen, engagierten linken Betriebsräte! Diejenigen, die sich täglich für uns abstrampeln und zumindest versuchen, das eine oder andere zu verhindern.“ Solche Betriebsräte gibt es tatsächlich, in vielen Firmen findet man einen oder zwei als Alibi. Oft sind aber genau sie es, die einem System, das bei den meisten KollegInnen aus guten Gründen unten durch ist, zu einem Rest von Glaubwürdigkeit verhelfen. Darum hat sie ein Genosse aus einem Stahlwerk einmal etwas polemisch „die Contras im Betrieb“ genannt.



Klein und gemein

Etwas anders stellt sich die Situation in vielen kleinen und Kleinstbetrieben dar. Dort erscheint der Wunsch nach einem Betriebsrat verständlicher, schließlich ist die Situation viel übersichtlicher und man steht der Gewalt der Unternehmensleitung, oft in Gestalt eines Firmenpatriarchen, sehr viel unmittelbarer gegenüber. Da bietet ein Betriebsrat zunächst einmal einen gewissen Schutz vor Repression, weil sich die Beschäftigten hinter ein gesetzliches Instrumentarium zurückziehen können. Der Gesetzgeber sieht außerdem bei einer Reihe von möglichen Konfliktbereichen zwingend die Existenz eines Betriebsrates vor, wenn die Belegschaft z. B. Anspruch auf einen Sozialplan oder minimalen formellen Einfluss bei Personalentscheidungen haben will. Während es in Großbetrieben neben dem Betriebsrat meistens auch noch gewerkschaftliche Strukturen gibt, ist in Kleinbetrieben der Betriebsrat meistens die einzige Einrichtung, über die die Belegschaft ihre Interessen formulieren kann.

Mythen in Tüten

Bei Diskussionen um den Sinn oder Unsinn von Betriebsräten stellen wir häufig fest, dass allerlei irriige Vermutungen über diese Institution existieren. Auch hier sind es interessanter Weise gerade wieder die „Linken“, bei denen einige Mythen besonders hartnäckig gepflegt werden. Deshalb wollen wir an dieser Stelle versuchen, etwas Licht ins Dunkel zu bringen.

- Die Verwirrung fängt meist schon mit dem Namen „Betriebsrat“ an. Das finden viele schick, weil „Räte“ ja eigentlich etwas Positives sind und schon halb nach Revolution klingen. Allerdings ist der Betriebsrat überhaupt kein Rat, sondern eher ein Parlament. Er wird alle vier Jahre von den volljährigen Beschäftigten eines Betriebes, die dort seit mindestens sechs

Monaten beschäftigt sind gewählt – wobei es keine Rolle spielt, wieviele zur Wahl gehen. Danach aber sind die Mitglieder des Betriebsrates, ebenso wie die Abgeordneten im Bundestag, in keiner Weise mehr an die Wünsche oder Entscheidungen ihrer WählerInnen gebunden oder ihnen gar rechenschaftspflichtig. Mit einem „Rat“, in dem alle gemeinsam diskutieren und entscheiden, hat das also nicht das Geringste zu tun, ganz im Gegenteil. Der Name gaukelt etwas vor, das weder vorhanden noch vorgesehen ist.

- Eine weitere sehr verbreitete, aber ebenso irriige Annahme ist, dass der Betriebsrat bei seiner Arbeit die Belegschaft informieren, befragen, sich seine Handlungen bestätigen oder die KollegInnen sonstwie beteiligen müsste. Das ist ein Trugschluss. Das Betriebsverfassungsgesetz sieht keinerlei Einfluss der Beschäftigten auf den Betriebsrat vor. Dieser kann – zumindest gegenüber seinen WählerInnen – schalten und walten, wie er möchte. Ein Betriebsrat kann innerhalb seiner Amtszeit nicht abgewählt werden. Ganz egal, ob er sich kaufen lässt oder gegen die Interessen der Belegschaft handelt, was in der Praxis tagtäglich irgendwo geschieht. Für die ArbeiterInnen in einem Betrieb gibt es noch nicht einmal ein Recht darauf zu erfahren, was der Betriebsrat eigentlich in ihrem Namen treibt. Der Betriebsrat ist der klassische Fall dessen, was Anarcho-SyndikalistInnen eine „vertikale Struktur“ nennen. Eine Institution also, in der diejenigen, die delegieren, keine Macht mehr über die Delegierten haben. Ohne die Möglichkeit der Absetzbarkeit beispielsweise gibt es keinerlei wirkliche Kontrolle. Die undemokratische Grundlage des Betriebsratssystems ist nicht etwa ein „Betriebsunfall“ im Gesetz, sondern eine ganz bewusste Entscheidung des Gesetzgebers und der Gewerkschaften, die an seinem Zustandekommen beteiligt waren. Man musste und wollte zwar zur kontrollierten Konfliktschlichtung eine Vertretung der Beschäftigten schaffen. Die aber sollte so beschaffen sein, dass die Belegschaften selbst so wenig Einfluss wie möglich haben und sie sollte kollektive Prozesse weitgehend ausschließen. Das ist durchaus auch im Interesse der beteiligten Gewerkschaften gewesen, denn die sind ja selbst zentralistisch und undemokratisch organisiert.

Natürlich gibt es auch einzelne Betriebsräte, die versuchen, die Belegschaft mit einzubeziehen oder die sich zumindest gelegentlich im Betrieb umhören. Die ArbeiterInnen bleiben aber auch in diesen Fällen auf den guten Willen und die Gnade des Betriebsrates oder einzelner Betriebsratsmitglieder angewiesen.

- Ein weiteres landläufiges Vorurteil ist es, dass der Betriebsrat ausschließlich dem Interesse der ArbeiterInnen verpflichtet sei. Im Betriebsverfassungsgesetz, das die Rechte und Pflichten eines Betriebsrates regelt, und in ergänzenden Gerichtsurteilen, wird aber festgeschrieben, dass der Betriebsrat eine Pflicht zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit dem „Arbeitgeber“ hat, dass er sich der Pflege des „Betriebsfriedens“ verpflichtet fühlen muss. Durch seine Tätigkeit darf der Arbeitsablauf nicht beeinträchtigt werden und er darf der Belegschaft keine Firmengeheimnisse zur Kenntnis bringen. Ein gesetzliches Korsett also, das es einem Betriebsrat im Zweifelsfall reichlich schwer bis unmöglich macht, sich wirkungsvoll für seine WählerInnen einzusetzen. Für die Mitglieder des Betriebsrates selbst gelten noch weitergehende Einschränkungen: Diese dürfen sich – und hier zeigt sich deutlich, in wessen Interesse das Betriebsverfassungsgesetz formuliert wurde – in ihrer

Funktion als Betriebsrat weder an Arbeitskämpfen teilnehmen noch diese organisieren.

- Womit wir bei einer weiteren sehr verbreiteten Fehlannahme wären, dass nämlich ein Betriebsrat bei Konflikten im Betrieb zu Streiks aufrufen könne. Das wird jedoch von § 74 Abs. 2 BetrVG ausdrücklich verboten. Arbeitskampfmaßnahmen zwischen Betriebsrat und „Arbeitgeber“ sind danach grundsätzlich unzulässig. Ein Streikrecht bleibt in der BRD ausschließlich den Gewerkschaften vorbehalten und das in der Regel auch nur in dem sehr eingeschränkten Rahmen tariflicher Auseinandersetzungen. Dem Betriebsrat ist damit der schärfste Zahn gezogen. Er kann durchaus im Rahmen seiner Mitspracherechte eine Reihe von Entscheidungen des Managements verzögern oder bisweilen blockieren, und hat bei anderen Dingen zumindest das Recht gehört oder informiert zu werden. Das alleine mag schon manche Firmenleitung ärgern. Aber wenn es hart auf hart kommt, bleibt dem Betriebsrat kaum mehr als der Gang zum Arbeitsgericht. Damit steckt er in der Falle einer weiteren Säule des Arbeitsrechtes in der BRD. Arbeitsgerichte dienen in erster Linie dazu, eine eigentlich kollektive Auseinandersetzung in ein individualisiertes juristisches Problem zu verwandeln, bei dem der reibungslose Ablauf der Ausbeutung nicht gefährdet wird.

Der Fakt, dass das Arbeitsgericht die schärfste Waffe des Betriebsrates ist, hat noch ganz andere Konsequenzen. Dort, wo eigentlich eine direkte Auseinandersetzung zwischen der Belegschaft und der Firmenleitung angesagt wäre, wird der Konflikt auf die Ebene juristischer Spitzfindigkeiten verlagert. Dafür braucht es – statt Solidarität und der Bereitschaft zur kollektiven Aktion – bezahlte SpezialistInnen von außerhalb und die Beschäftigung mit absurden juristischen Winkelzügen. Das führt dazu, dass die Passivität der Belegschaft nicht nur durch Stellvertreter-Denken genährt wird, sondern auch durch das mangelnde Vertrauen in die eigene Entscheidungskompetenz.

- Ein weiterer Mythos betrifft das Verhältnis von Betriebsrat und Gewerkschaften. Beide haben formell nichts miteinander zu tun. Um Betriebsratsmitglied zu werden, muss man nicht Mitglied einer Gewerkschaft sein und viele Betriebsräte sind das auch nicht. Das Gesetz sieht allerdings vor, dass eine Gewerkschaft die Wahl eines Betriebsrates anschieben kann. Das können zwar auch die Beschäftigten selbst tun, allerdings sind dabei so viele formelle Fallstricke zu beachten, dass die meisten dabei lieber auf die Hilfe von GewerkschaftsspezialistInnen zurückgreifen.

Das gilt nicht nur für die Gründung eines Betriebsrates. Das ganze Betriebsverfassungsgesetz, inklusive tausender zugehöriger Urteile, sind derart komplex und verrechtlicht, dass ein Betriebsrat ohne externe Spezialisten gar nicht auskommt. Diese und ein Großteil des Weiterbildungswesens für Betriebsräte werden in der Regel von den DGB-Gewerkschaften gestellt (und von den Firmen bezahlt), womit die Zentralgewerkschaften durch die Hintertür einen maßgeblichen Einfluss auf die formell unabhängigen Betriebsräte gewinnen.

In der Praxis gibt es allerdings häufig auch Zwist zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten. Zwar sind die großen Gewerkschaften neben dem eigenen Machterhalt häufig sowieso schon eher dem Wohlergehen des „Wirtschaftsstandorts

Deutschland“ verpflichtet, als dem ihrer Mitglieder. Dennoch geraten selbst sie häufig in Konflikt mit Betriebsräten, die noch unternehmensfreundlicher sind. In vielen Großbetrieben, besonders in der chemischen Industrie, sind die Betriebsräte vor lauter „Co-Management“ mittlerweile kaum mehr als Filialen der Geschäftsführung. Es kommt also nicht von ungefähr, wenn es in der Vergangenheit immer wieder einmal Anläufe in der Politik gab, die Stellung von Betriebsräten zu stärken, um die Gewerkschaften hierdurch zu schwächen.

Zwischenbilanz

Um es bis hierher kurz zusammenzufassen und auf den Punkt zu bringen: Das System Betriebsräte wurde von der SPD und den Zentralgewerkschaften 1920 gegen den erbitterten Widerstand der radikalen Teile des Proletariats durchgesetzt, um das Fortbestehen des Kapitalismus nach dem 1. Weltkrieg zu sichern. Das System basierte von Beginn an auf der kontrollierten Schlichtung von betrieblichen Konflikten, bei denen die Beschäftigten scheinbar eingebunden, in Wahrheit aber entmündigt und ihrer kollektiven Stärke beraubt werden. Nach der



Niederlage des deutschen Faschismus wurde das System wieder aufgegriffen und reformiert.

Seither hat es seinen Zweck – die Befriedung – meist sehr zuverlässig erfüllt. Staat und Kapital lassen sich die Betriebsräte Jahr für Jahr Dutzende Millionen Euro für Freistellungen, Seminare und Betriebsmittel kosten. Da ist das Bakschisch wie im Falle von Siemens, VW und vielen anderen noch gar nicht mit eingerechnet. Vor dem Hintergrund des Krisenangriffs der letzten Jahre steigt zwar die Zahl von Firmen, die sich stark genug fühlen, betriebliche Konflikte auch ohne Betriebsrat gegen die Belegschaften zu führen und zu gewinnen. Die weitaus meisten Unternehmen wissen aber durchaus, was sie an ihren Betriebsräten haben und wollen diese nicht missen.

Du hast keine Chance, also nutze den Betriebsrat?

„Ist ja gut und schön und deckt sich auch mit meinen Erfahrungen“, werden einige LeserInnen jetzt vielleicht sagen, „aber trotzdem ist der Betriebsrat bei mir in der Firma die einzige Chance, zumindest den einen oder anderen Angriff abzuwehren.“ In einer Situation, in der die meisten KollegInnen Angst davor haben, sich selbst für ihre Interessen einzusetzen, ist der Ruf nach dem Betriebsrat zunächst einmal verständlich. Denn der kann, wenn er will, in der Tat das eine oder andere erreichen. Wo es gar keine Überstundenbegrenzung gibt, verhilft manchmal schon eine Betriebsvereinbarung zu etwas mehr Luft, die die Anzahl an unbezahlten Überstunden zumindest begrenzt. Wo ein Betriebsrat Einstellungen und Entlassungen zustimmen muss, kann manchmal die eine oder andere Härte verhindert werden.

Es wäre ja schließlich auch unsinnig, wenn der Gesetzgeber den ArbeiterInnen eine Institution vor die Nase setzte, ohne dass diese irgendeinen Vorteil daraus ziehen könnten. Irgendetwas muss schließlich im Tausch dafür geboten werden, dass

man von den Belegschaften erwartet, sich ruhig und gesittet verhalten und die Finger von kollektiven Unmutsäußerungen zu lassen. Wobei man an dieser Stelle ruhig auch einmal erwähnen kann, dass es den meisten KollegInnen durchaus ganz recht ist, wenn sie ihre Interessen an jemand anderen abtreten können. Schließlich bekommt das jede von uns von Kindheitsbeinen an so beigebracht.

Allerdings zahlen gerade engagierte Betriebsräte für ihrer Tätigkeit oft einen hohen Preis. Sozialauswahl bei Entlassungen bedeutet, dass man über das Schicksal von KollegInnen mitentscheidet. Überstundenregelungen führen zu Konflikten mit denen, die auf die Extra-Kohle angewiesen sind und sich deshalb kaputtschuffen wollen. Wer im Rahmen der Betriebsratsstätigkeit über Einstellungen und Entlassungen mitentscheidet, macht sich zwangsläufig zum Handlanger betrieblicher Personalpolitik. In den meisten Firmen haben Betriebsräte zuallererst die Interessen der Stammbeslegschaften im Auge und zementieren häufig die Spaltung der Belegschaften in Festangestellte und LeiharbeiterInnen. So mancher fällt es deshalb schon bald schwer, sich noch im Spiegel anzuschauen und sie wirft wieder das Handtuch oder integriert sich ganz in das System.

In ihrer paralysierenden Wirkung auf die Belegschaft stehen Betriebsräte in kleiner Firmen denen in Großbetrieben in der Konsequenz kaum nach. Das kann auch kaum anders sein, denn das Problem ist kein personales, sondern ein strukturelles.

Anarcho-Syndikalismus und Betriebsräte

Dennoch gibt es auch unter Anarcho-SyndikalistInnen immer mal wieder Diskussionen darüber, ob man sich nicht vielleicht doch etwas mehr auf Betriebsräte einlassen sollte. Dabei wissen wir es eigentlich besser. Wir kultivieren eine Herrschaftskritik, die aufgrund materialistischer Erfahrungen zu dem Schluss gekommen ist, dass es immer die Institutionen sind, die den Einzelnen brechen und nie umgekehrt. Wir können präzise darlegen, dass Stellvertreterpolitik zu Entmündigung und Passivität führt und kämpfen deshalb gegen sie an. Wir haben eine passable Analyse der verheerenden Wirkung parlamentarischer Repräsentationssysteme und kämen nicht im Traum darauf, an Wahlen teilzunehmen oder dazu aufzurufen.

Umso unverständlicher ist es also, wenn manchmal in Bezug auf Betriebsräte, das materialistische Handwerkszeug über Bord geschmissen wird und ein seltsamer Idealismus Einzug hält. Dabei erfüllt das Betriebsratssystem mühelos alles, was die FAU ansonsten ablehnt. Es lässt sich ebensowenig in etwas Positives verwandeln wie die zentralistischen DGB-Gewerkschaften oder die Parlamente. Eine undemokratische und Passivität erzeugende Struktur kann nicht dadurch geändert werden, dass engagierte Leute versuchen, sich ihrer zu bedienen. Wo solche Versuche von anarcho-syndikalistischer Seite zwangsläufig enden, lässt sich am Beispiel der spanischen CGT ablesen.

Das abschreckende Beispiel der CGT

Als nach dem Ende der Franco-Diktatur in Spanien ein neues Arbeitsrecht eingeführt wurde, orientierte man sich weitgehend am deutschen Betriebsratsmodell. Gewerkschaften, die sich daran beteiligen, erhalten staatliche Subventionen und Vergünstigungen – wer sich der Integration verweigert wird, wie die CNT wird mehr oder weniger illegalisiert und aus den Betrieben gedrängt. Kurz nacheinander spalteten sich Ende der

70er Jahre zwei Fraktionen der CNT ab, die sich nicht mit ihrer Forderung nicht durchsetzen konnten, die CNT solle sich beteiligen. Sie gründeten später die CGT (Confederación General del Trabajo).

Anfänglich wurde die Beteiligung an den «Comités de empresa» damit begründet, dass man erst einmal herausfinden wolle, welche konkreten Erfahrungen man mit dem neuen Betriebsratsmodell machen würde. Die CGT war bei den Wahlen durchaus erfolgreich. Heute ist sie die drittstärkste spanische Gewerkschaft, gemessen an der Zahl ihrer Betriebsräte. Sie erhält für diese jedes Jahr mehrere Millionen Euro aus den Gewerkschaftstöpfen des Arbeitsministeriums. Die versprochene Auswertung der Erfahrungen hat hingegen nie wirklich stattgefunden. Stattdessen wurde aus dem Versuch ein Dauerzustand. In dem Maße, in dem die CGT mehr Betriebsratsposten gewann, nahm der Aktivismus innerhalb der Gewerkschaft ab. Durch ihre Erfolge bei den Wahlen, wurde die CGT außerdem für oppositionelle Gruppierungen innerhalb anderer Gewerkschaften interessant, die sich von ihrem Übertritt zur CGT ein einfacheres Ticket in den Betriebsrat erhofften.

Nach mehr als 20 Jahren Beteiligung am Betriebsratssystem ist aus der CGT das geworden, was jede/r halbwegs fundierte Libertäre dieser Gewerkschaft prognostiziert hat: die Mitgliederzahl ist deutlich gestiegen, die Anzahl der AktivistInnen, der Militanten, deutlich gesunken. Heute gibt es sicherlich noch einige Anarcho-SyndikalistInnen in der CGT, aber die CGT ist nur noch schwerlich als anarcho-syndikalistische Gewerkschaft zu bezeichnen.

Dieser Prozess lag sicherlich nicht daran, dass es in dieser Gewerkschaft nur karrieregeile Leute gegeben hätte, die sich nichts sehnlicher wünschten, als sich korrumpieren zu lassen. Ganz im Gegenteil: Es gab dort eine Menge fitter Leute, die



sich in bester Überzeugung auf das Betriebsratssystem eingelassen haben. Sie wurden aber von der materiellen Gewalt der Struktur in deren Rahmen und Vermittlungsformen gezwungen. So wie der CGT wird es jeder emanzipatorischen Gewerkschaft ergehen, die sich dauerhaft auf solche vertikalen Strukturen einlässt.

Syndikat statt Betriebsrat

Die Motivation dafür, dass trotzdem immer wieder einmal das Liebäugeln mit der Institution Betriebsrat einsetzt, zeugt von der anhaltenden Schwäche unserer Klasse und damit auch der Schwäche der FAU, in größerem Umfang und dauerhaft eine eigenständige Praxis jenseits der sozialpartnerschaftlichen Mitwirkungsinstitutionen auf die Beine zu stellen.

Das gilt insbesondere in Phasen wenn der Normalbetrieb der Ausbeutung angesagt ist. Wenn betriebliche Konflikte hingenegen eskalieren, schaffen sie meist mühelos den Sprung von der institutionellen Ebene in die der kollektiven Aktion. Dieses Muster erleben wir immer wieder bei Streiks; wenn die Belegschaften in Bewegung kommen, treiben sie die Gewerkschaften und die Betriebsräte vor sich her. Diese haben dann in der Regel nichts Eiligeres zu tun, als selbständige Aktionen auszubremesen, den Konflikt zu entschärfen und unter Kontrolle zu bringen. Genau das also, was der Anarcho-Syndikalismus am Allerwenigsten will.

Als Anarcho-SyndikalistInnen gehören wir nicht zu denen, die daraus die Konsequenz ziehen, einfach nur darauf zu warten, dass es doch irgendwo knallt, um dann dort aufzurocken und gute Ratschläge zu verteilen. Wir wollen vielmehr flächendeckend Strukturen aufbauen, die nicht nur in der Lage sind, uns selbst bei betrieblichen und anderen Konflikten zu schützen, sondern die uns darüber hinaus dazu dienen können, den Laden eines Tages zu übernehmen, um etwas Sinnvolles an seine Stelle zu setzen.

Die FAU ist deshalb darauf angewiesen, eine eigenständige kollektive und rebellische Praxis (weiter-) zu entwickeln, die uns und unsere KollegInnen in die Lage versetzt, am Betriebsrat vorbei – in der Praxis oft auch gegen ihn – kollektiv und erfolgreich zu agieren. Dafür brauchen wir unter anderem

unsere eigenen Strukturen, die Syndikate, und dafür müssen wir immer wieder aufs Neue überzeugen, dass man Konflikte auf andere Art austragen kann und muss, als das im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes vorgesehen ist. Nur so kann man die Betriebsräte rechts liegenlassen und die Lähmung aufbrechen.

Solidarität sichert Interessen

Es wäre vermessen zu behaupten, dass wir ein funktionierendes Patentrezept aus dem Hut zaubern könnten. Es gibt Vorstellungen, es gibt Erfahrungen, es gibt Experimente, die die FAU ein Stück weiterbringen können, aus einer Position relativ zahlenmäßiger Schwäche heraus erfolgreich handlungsfähig zu werden. Dazu gehört, dass wir das einsetzen, was wir im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften und zu Betriebsräten haben: aktive GenossInnen, die in der Lage sind, solidarisch und auch kurzfristig füreinander einzutreten und die sich nicht scheuen, der Gegenseite auch einmal etwas unmittelbarer auf die Pelle zu rücken. Unsere Stärken liegen genau dort, wo das Betriebsverfassungsgesetz endet. Statt Vermittlung, Befriedung und Vereinzelung, sind wir in der Lage, Kollektivität, Solidarität und direkte Aktion zu organisieren. Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass wir damit im Einzelfall mehr reißen können, als sehr viel größere Gewerkschaften, die außer der Visitenkarte des Rechtsanwaltes wenig zu bieten haben, wenn es zum Konflikt kommt. Kein Zweifel, anarcho-syndikalistische Praxis setzt Risikobereitschaft voraus und hat keinen Kündigungsschutz im Angebot. Das ist ein weiterer Grund, warum Solidarität bei uns ganz oben auf der Tagesordnung steht. Dass es oftmals ziemlich unbefriedigend ist, alleine oder zu

Schnauze voll!



zweit in einem Betrieb zu sitzen und nicht wirklich zu wissen, wie man die Dinge ins Rollen bringen kann, ist verständlich. Hier muss sich vor allem eines ändern: die Bereitschaft der KollegInnen, sich für ihre Interessen selbst in Bewegung zu setzen. Häufig bleibt einzelnen FAU-Mitgliedern erst einmal wenig mehr, als zu zeigen, dass frau jemand ist, auf den man sich verlassen kann und bei passender Gelegenheit zu versuchen, die Interessen der KollegInnen gegen die des „Arbeitgebers“ zu verteidigen..

Es geht voran

In den letzten drei Jahren ist die Konflikt- und Streikbereitschaft deutlich gestiegen. Immer mehr KollegInnen sind unzufrieden und machen nicht mehr nur Faust in der Tasche. Viele lassen sich auch nicht mehr von Funktionären abschrecken, die Finger von den „Chaoten“ zu lassen. Das haben viele der Konflikte der letzten Zeit gezeigt, über die wir in dieser Zeitung berichtet haben und an denen immer häufiger GenossInnen aus der FAU in der einen oder anderen Form beteiligt sind. Erinnerung sei an das „Strike-Bike“, eine Aktionsform mit engen Grenzen und Beschränkungen, aber eben auch eine, die ohne die Kreativität, die spontane Solidarität und das Organisationstalent der FAU nie möglich gewesen wäre. Keine andere Gewerkschaft, kein Betriebsrat, wäre auch nur auf die Idee gekommen, in dieser Form den Rahmen der traditionellen Rituale zu sprengen. Für uns hingegen ist das eine Selbstverständlichkeit, die von Beginn an zu unserer anarcho-syndikalistischen Kultur gehört hat und die wir ständig weiterentwickeln. Zu dieser Kultur gehört es ebenso selbstverständlich, dass wir immer international agiert haben und dass unser Verständnis von Gewerkschaft weit über das rein betriebliche hinausgeht.

Es spricht sich in letzter Zeit zunehmend herum, dass die FAU kein Haufen von anarchistischen Wirrköpfen ist, die viel diskutieren, aber nichts tun. Das liegt ganz sicher auch daran, dass sich die FAU mit der Praxis der letzten Jahre viel Respekt verschafft hat. Es kommt nicht von ungefähr, dass es momentan in etlichen Orten Gründungsinitiativen für neue Syndikate und Ortsgruppen gibt. Das ist eine gute Ausgangsbasis dafür, uns die notwendigen Gedanken über die nächsten Schritte zu machen. Dabei sollten wir auf das aufbauen, was wir besonders gut können und was uns von den lahmen, sozialpartnerschaftlichen und zentralistischen Apparaten und Institutionen unterscheidet, zum Beispiel unsere Wendigkeit und Konfliktbereitschaft. Der völlig falsche Weg hingegen wäre es ausgerechnet jetzt, wo die Konfliktbereitschaft wieder steigt, eine Diskussion darüber zu beginnen, ob und wie man sich eine Institution zu Nutze machen könnte, deren wesentlicher Existenzzweck die Befriedung von Konflikten ist. Damit können wir nur verlieren.

Die FAU hat 1991 einen Beschluss zur Betriebsratsfrage getroffen, der auch heute noch völlig auf der Höhe der Zeit ist. Wir sollten unsere Kreativität stattdessen darauf verwenden, wie wir die Syndikate der FAU zu effektiven Schulen des Widerstands und Fortschritts, des Klassenkampfes machen. Denn etwas Besseres als einen Betriebsrat werden wir überall finden.

FAU Moers



Der Klassenkampf ist real und muss angenommen werden

Die Bundesregierung hat in 2014 das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz – MiLoG) und das Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) erlassen. Beide Gesetze gehen maßgeblich auf die Initiative der SPD-Fraktion in der Regierung zurück. Die Sozialdemokratie kann sich feiern lassen für diese arbeitsmarkt- und rentenpolitischen Erfolge. Mindestlohn von 8,50 Euro und Rente mit 63. Sind damit unsere Probleme gelöst? Schritte auf dem Weg zur „Re-Organisation“ des Modells Deutschland¹.

Dagegen stehen der Referentenentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Tarifeinheit (Tarifeinheitgesetz) als Reaktion auf die Streiks der Gewerkschaften cockpit und GdL, private Anti-Betriebsrats-Seminare² organisiert von Rechtsanwaltskanzleien und andere Formen des Union-Busting³, Seminare zur Umgehung der Mindestlohnpflicht und die Ausweitung der Werkvertragsbeschäftigung. Unternehmen und deren Berater, z. B. Rechtsanwaltskanzleien mit dem Schwerpunkt Arbeits(-un)recht, sind derzeit damit beschäftigt, auf die oben angeführten arbeitsmarkt- und rentenpolitischen Interventionen, die von Unternehmerseite abgelehnt und bekämpft wurden, effektiv zu reagieren.

Staatlich-politisch wird neben den angeführten Maßnahmen (MiLoG und RV-LVG) auf die Konsolidierung des Haushaltes, ein Bundeshaushalt ohne die Aufnahme neuer Schulden, verwiesen. Können nun zudem die zunehmenden Probleme wegen Streiks der Sparten-Gewerkschaften durch die Regelungen des Tarifeinheitgesetzes gelöst werden, dann können SPD und CDU darauf verweisen, dass die eigene sozialpolitische Bilanz trotz makroökonomischer Schwierigkeiten positiv ausfällt.

Der Produktionsstandort Deutschland boomt trotz der oben genannten sozialpolitischen Angriffe auf einzelne Kapitalfraktionen. Die Ausrichtung des Wettbewerbsstandorts ist hart umkämpft. Der Wettbewerbs-Staat hat dank der sozialdemo-

kratisch-orientierten, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Eingriffe seinen Charakter als materieller Ausdruck des Klassenkampfes gezeigt.

Was geschieht aber mit den Menschen, die tatsächlich von der Lohnarbeit leben müssen? Im ZDF-Format zoom wird unter dem Titel: Kollegen dritter Klasse: Der Trick mit dem Werkvertrag⁴ auf die Praktiken der Kapitalist_innen zur Umgehung der staatlich-politischen Regulierung der Leiharbeit eingegangen. So boomt in der Automobilindustrie die Werkvertragsbeschäftigung als Substitut für die stärker regulierte Leiharbeit. Die Kapitalist_innen sind im ständigen Kampf mit uns als Lohnabhängigen um die ideologische Hoheit innerhalb kapitalistischer Gesellschaftsformationen.

Für uns kann folglich die Konsequenz lediglich darin bestehen, neben unseren radikalen Praktiken des Kampfes um Selbstverwaltung auch Bündnisse und Allianzen mit nicht so kämpferischen Organisationen, wie bürgerlichen Gewerkschaften, einzugehen, um unsere Positionen einer breiten Öffentlichkeit verständlich zu machen.

¹ Hall, Peter A. (2009), Re-Forming Capitalism, S. 488: Organisation des Kapitalismus als „Modell Deutschland“ durch Korporatismus, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände Sozialpolitik und öffentliche Ausgabenpolitik

² gefunden bei:

<http://syndikalismus.wordpress.com/2014/11/26/freising-anti-betriebsrat-seminar-gestort/>

³ Läscher, Kristina (2014), Frei zum Abschluss. Enercon ist der Vorzeigebetrieb der deutschen Energiewende, Süddeutsche Zeitung 31.10.2014

Arbeitsunrecht in Deutschland: Enercon: „Absolut gewerkschaftsfeindlich“, abrufbar unter: <http://arbeitsunrecht.de/enercon-frei-zum-abschluss/#more-4837>

⁴ gefunden bei: <http://syndikalismus.wordpress.com/page/2/>

Hetze macht mir Krätze



Das ist eine Schande. Deutschland nimmt Asylanten auf und unsere Helfer, Mitbürger werden bedroht. Alle sofort nach Hause schicken !!! Drogen und Alkohol...woher haben sie denn das Geld?

ja,ja,ja und alles friedliebende,arbeitsame,integrationswillige, neubürger unseres landes!! aber ihr habt es ja nicht anders gewollt,in dem ihr plagiare gewählt habt statt der originale!!!!

Warum nehmen wir überhaupt Asylanten auf, Deutschland hat schon mehr als genug getan ! Ich als Deutscher hab es satt mir was von Scharia Polizei und gewalttätigen Siri Clans hier durch zu lesen. Wer hier nicht gebraucht wird, braucht nicht zu kommen. Und wundert Euch nicht, wenn die AfD mal mehr als 40 % bekommt,ich glaube nicht das ich der einzige bin der so denkt.

(...)

Das ist allerdings noch harmlos im Vergleich zu dem hysterischen Hetzmob, der seit zwei Tagen auf den Facebook-Seiten der AfD tobt.

Die Partei hat den Bild.de-Artikel am Montag geteilt („Dass nun sogar schon unsere Rettungssanitäter das Asylbewerberheim in Bautzen nur mit Schutzwesten betreten dürfen, ist mehr als bedenklich“) und seitdem über 1.000 Kommentare geerntet, von denen sehr, sehr viele so klingen:

*Solche Dreckspatzen sollte man verrecken lassen!!!!!!
(3 Leuten gefällt das.)*

*Raus mit dem kriminellen Pack. Basta !
(7 Leuten gefällt das.)*

*Grenzen schließen. dieses ungebildete Pack von Asylanten braucht kein Mensch !
(3 Leuten gefällt das.)*

*Rettungsdanitäter mit Rettungswesten????
Geht ja gar nicht!!!!*

*Für was brauchen Asylanten Sanitäter??? Die müssen dankbar sein, dass wir Deutschen so dreckiges Gesocks überhaupt aufnehmen!! Die Füßen müssen sie uns Deutschen küssen!!!!
Statt dessen werden wir von solchen abgegriffen!!!*

*Ich finde kein Sanitäter sollte solchen Undankbaren helfen!!!!
Sollen doch verrecken, wäre besser für uns und kein Sanitäter würde zu schaden kommen!!!!!!
(5 Leuten gefällt das.)*

Ja, so stand es geschrieben in der von uns allen so sehr geschätzten Bild Zeitung.

Das diese Aussage jeglicher Grundlage entbehrt, hielt viele Kommentator*innen nicht davon ab, ihrem Zorn so richtig freien Lauf zu lassen.

Auch die AfD fühlte sich berufen, diesen zum Himmel schreien den Rotz über ihrer Seite noch vielen anderen erzürnten „Mitmenschen“ mitzuteilen.

Die Volksseele kochte...

Leider kann ich euch und mir nicht ersparen, einige dieser Aussagen hier zu zitieren, also lieber schon mal Kotztüten bereithalten und die Tastatur in Sicherheit bringen, da sie sonst beim „Kopfauf-den-Tisch-schlagen“ in Mitleidenschaft gezogen werden könnte (für die Leser der Printausgabe: sucht euch einen Raum mit möglichst wenig scharfen Ecken und Kanten):

„und solche wilde bringt man in einem hotel unter! ein schlag ins gesicht für die eigenen leute und für jeden deutschen steuerzahler!

Wenn es also das Ziel der „Bild“-Zeitung war, mit falschen Behauptungen Angst und Hass gegenüber Ausländern zu schüren, dann hat sie alles richtig gemacht.

Mit Dank an stitch, Johannes S. und Sabine B.

Nachtrag, 16.10 Uhr: Bild.de hat Dreiviertel aller Leserkommentare gelöscht. Der Artikel ist aber unverändert geblieben. Die AfD hat inzwischen auch Kommentare gelöscht — aber nur die, die einen Link zu unserem BILDblog-Eintrag enthielten. Die Hetzkommentare sind nach wie vor online.

Nachtrag, 11. September: Jetzt hat die AfD den Facebook-Eintrag ganz gelöscht.

Quelle: <http://www.bildblog.de/60433/schutzwesten-gegen-asylbewerber/#Nachtrag>

Wahrscheinlich bin ich nicht alleine, wenn ich nach diesem Geschwalle erst mal kräftig durchatmen muss, um nicht in den Schreibtisch zu beißen.

Die Panikmache der Populisten klappt nach wie vor glänzend, so wurden und werden Menschen, die vor Krieg, Mord, Unterdrückung, Hunger usw. flüchten, in Deutschland mit dem Hitlergruß begrüßt und verbal und nonverbal bedroht.

Schon in den Neunzigern schaffte die Bild Zeitung und so mancher Politiker die Vorlage für brennende „Asylantenheime“.

Die Angst vor allem Fremden, welches die „heile Welt“ bedroht, sorgt gerade in Krisenzeiten für einen enormen „Zulauf“ von Rechtspopulisten und offen rechtsradikalen Parteien.

Diese Angst der Menschen wussten machtgeile Personen schon immer auszunutzen.

Aber wie sollen wir als Anarchist*innen mit einem solchen Ausmaß an Hass umgehen?

Das wir natürlich gegen diesen üblen Rassismus aufstehen müssen und gegen jedwede Diskriminierung unsere Stimmen erheben, sehe ich als selbstverständlich an, aber darum geht es mir in diesem Moment gar nicht.

Mir geht es um die Idee einer freien Gesellschaft in der solche Ressentiments keinen Platz haben.

Als gewaltfreier Anarchist bietet sich mir ja „leider“ nicht die Möglichkeit, gleiches mit gleichem zu vergelten und diesem rassistischen Mob das Maul zu stopfen...

Schon oft gehört: Der Weg zu einer befreiten Gesellschaft ist über Aufklärung und Bildung zu schaffen.

Aber viele Menschen fühlen sich wohl in ihrer Rolle als Teil eines Volkes, das durch eine Bedrohung von außen zusammenrückt.

Sie wollen Herrschaft nicht in Frage stellen und wählen den Weg der soviel einfacher erscheint:

NACH UNTEN ZU TRETEN!

Solange solch ein Gedankengut auf fruchtbaren Boden fällt, ist die Idee und die Umsetzung des Anarchismus in weite Ferne gerückt.

Sogar noch viel weiter entfernt als je zuvor.

(Das schreibe ich in dem Bewusstsein, dass wir „heute“ sowieso nur den ersten Schritt gehen können)

Trotz aller Möglichkeiten, sich darüber zu informieren, warum Menschen ihre Heimat verlassen, wird Migrant*innen immer

noch und immer wieder unterstellt, sie kämen hierher um: UNSERE ARBEIT/FRAUEN/RENTEN zu plündern, NICHT ARBEITEN ZU WOLLEN...

sich EINZUZECKEN IN UNSER SOZIALSYSTEM...

Diese Vorurteile werden nicht weniger.

Unterschiede werden weiter aufgebauscht, Gemeinsamkeiten abgesprochen...

Statt sich als Teil der gleichen Maschinerie zu sehen, die Menschen nach ihrer Verwertbarkeit einverleibt oder aussortiert, erhöht mensch sich und verneint die Tatsache Opfer desselben System zu sein.

Als Anarchist*innen sollten wir dafür sorgen, dass Menschen zusammenkommen, denn nur so kann die Angst vor dem Fremden besiegt werden.

Obwohl es oft stimmt, sollten wir die Menschen nicht in Rassisten/Nazis/Idioten und, auf der anderen Seite, uns als die Wahrer der Freiheit einteilen.

Nein, die Angst der Menschen darf nicht mehr auf andere Menschen projiziert werden, sie muss aufgeschlüsselt und auf anderen Wegen begegnet werden. Andere Wege, auf diese Angst zu reagieren, müssen aufgezeigt werden!

Wenn alle Stricke reißen, gilt nach wie vor der Spruch:

NAZIS RAUS

(Aus unserer Gemeinschaft! Aus den Köpfen!)

matze, 15.09.2014, ein paar Bier im Kopf, not amused aber noch nicht jenseits aller Hoffnung



Eure **Bildung**
is für'n Arsch!

AK Asyl Presse-Erklärung I

Ausländerbehörde Bielefeld und dt. Botschaft in Nairobi verweigern die Familienzusammenführung von drei somalischen minderjährigen Waisenkindern zu ihrem volljährigen Bruder in Deutschland

Der 23jährige Ali Hassan lebt in Bielefeld als anerkannter Flüchtling und ist in großer Sorge um seine drei jüngsten Geschwister, die seit dem Tod der Mutter im Sommer 2013 auf sich alleine gestellt sind. Hr. A. war als Journalist in Somalia von der islamistischen Gruppierung Al-Shabab verfolgt und inhaftiert worden und daraufhin nach Deutschland geflohen. Dadurch geriet auch seine Familie ins Visier, schon einmal wurde ein Bruder wegen ihm inhaftiert. Im Sommer 2013 starb die Mutter, der Vater war schon im Jahr davor gestorben. Herr A. ist der älteste der Geschwister, die anderen beiden 18 und 20 jährigen Brüder sind aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sich um die jüngeren Geschwister zu kümmern und ihnen Sicherheit zu geben, wie den Behörden ausführlich dargestellt wurde. In Somalia herrschen weiterhin bürgerkriegsähnliche Zustände. In einem Bericht der Schweizer Flüchtlingshilfe heißt es hierzu: „Die Übergriffe erfolgen willkürlich wie auch gezielt. Zivilistinnen und Zivilisten leben in extremer Unsicherheit, es kommt zu physischer Gewalt, Vergewaltigungen und Erpressungen. Die Sicherheitskräfte der Regierung und deren verbündete Milizen können keinen Schutz bieten.“

Seit Herbst 2013 hat Herr A. und der AK Asyl mehrfach in persönlichen Gesprächen und durch längere Schreiben die außergewöhnliche Härte der Situation beschrieben und ist auf die Anforderungen der Ausländerbehörde eingegangen. Im Frühjahr 2014 haben mehrere Personen eine Bürgschaft für die Kinder übernommen und haben so dafür gesorgt, dass gemeinsam mit Kindergeld die Hälfte des Lebensunterhalts sichergestellt ist. Herr A. sucht zur Zeit Arbeit um später ganz für seine Familie sorgen zu können. Da eine Entscheidung aber erst gefällt werden könne, wenn die Kinder sich bei der nächstgelegenen Botschaft in Kenia melden, machten sie sich im Juni diesen Jahres auf den Weg von Somalia nach Kenia.

Ende September erfolgte nun nach den oben genannten vielen Schreiben und Darlegungen über die außergewöhnliche Härte eine lapidare Ablehnung von Ausländerbehörde und Botschaft ohne sich im Detail mit den vielen vorgetragenen Argumenten auseinander zu setzen. Mit Hilfe des Rechtsanwalts Wiggering wurde nun gegen diese Entscheidung remonstriert. Der Anwalt erhielt auch Einblick in die Akten, die den Eindruck erwecken, dass weder die Ausländerbehörde noch die Botschaft je den Antrag ernsthaft inhaltlich geprüft hat.

Wo bleibt an dieser Stelle das Kindeswohl?

In einem Land mit wahllosen und gezielten Angriffen, Kindersoldaten, Steinigungen, alltäglichen Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen, Armut und fehlendem Recht auf freie Meinungsäußerung brauchen Kinder ganz besonderen Schutz, den die drei minderjährigen Kinder dort nicht haben. Ihrem ältesten Bruder Herrn Ali Hassan ist auf Grund der gegen ihn ausgeübten politischen Verfolgung nicht möglich, nach Somalia zu reisen und sich um sie zu kümmern. So ist es zwingend erforderlich, dass sie zu ihm als ihrem quasi einzigen

Erziehungsberechtigten nach Deutschland reisen dürfen. Die erfolgte Verweigerung stellt aus unserer Sicht eine Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention dar. Das sind die Situationen, die Flüchtlinge zu den verzweifelten Versuchen führen, illegal über die Grenzen zu kommen, wobei jedes Jahr tausende Menschen sterben. Das soll und darf diesen Kindern nicht passieren! Wir fordern deshalb die sofortige inhaltliche Überprüfung des Antrages und die zeitnahe Ausstellung von Visa zum Zwecke der Familienzusammenführung in Deutschland.

Pressegespräche:

Herr Ali Hassan und Frau Kathrin Dallwitz vom AK Asyl stehen für ein persönliches Pressegespräch zur Verfügung. Weitere Infos und Terminabsprachen bitte unter: dallwitz@ak-asyl.info oder 0521-78715242 oder 0176-22873340

Rechtliche Hintergrundinfo:

§ 36 Aufenthaltsgesetz, Außergewöhnliche Härte
Herr Ali Hassan sieht sich mangels anderer zur Verfügung stehender Verwandter, die die Versorgung der Kinder übernehmen könnten als der verantwortlichen Erziehungsberechtigte, als der er auch gesehen werden sollte, da die Eltern nicht mehr leben und niemand anders sich kümmert.

Herr Ali Hassan ist demgemäß ersatzweise auch als Adoptivvater zu sehen, dessen Status laut Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz „nicht auf den Bestand der Rechtsverhältnisses, sondern wie allgemein auf die tatsächliche, über einen längeren Zeitraum gewachsene Bindung und Betreuungsgemeinschaft abzustellen.“ ist. (36.2.1.2). Weiterhin heißt es hier: „ Für einen Nachzug nach § 36 kommen insbesondere in Betracht:

„Minderjährige zu engen volljährigen Familienangehörigen, die die alleinige Personensorge in der Weise innehaben, dass eine geschützte Eltern-Kind-Beziehung besteht.“

.....Dem Wohl des Kindes kommt bei der Feststellung, ob eine außergewöhnliche Härte vorliegt, besonderes Gewicht zu. ...Härtefallbegründet sind danach solche Umstände, aus denen sich ergibt, dass entweder der im Bundesgebiet lebende oder der nachzugswillige Familienangehörige auf die familiäre Lebenshilfe angewiesen ist, die sich nur im Bundesgebiet erbringen lässt. „

Auch die UN- Kinderrechtskonvention, die inzwischen auch in / für Deutschland unbeschränkt und als unmittelbar geltendes Recht anzuwenden ist, sagt z.B. in Art. 10 dass Anträge auf Familienzusammenführung von Minderjährigen „... wohlwollend, human und beschleunigt...“ bearbeitet werden sollen, wie der Rechtsanwalt der Kinder Herrmann Wiggering in seinem Schreiben formuliert.

AK Asyl Presse-Erklärung II

Bielefeld, den 01.12. 2014

Inakzeptables Urteil gegenüber der AK Asyl Mitarbeiterin

Das Urteil des Amtsgerichts Bielefeld in der Hauptverhandlung im Zusammenhang mit den rassistischen Polizeikontrollen auf dem Kesselbrink verdeutlicht wie tief der institutionelle Rassismus verankert ist. Mit seinem Urteil vom 21.11.2014 erklärte das Amtsgericht Bielefeld die AK Asyl Mitarbeiterin wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte als schuldig.

Wir kritisieren dieses rechtlich und sozial unverständliche und nicht nachvollziehbare Urteil aufs Schärfste.

Am 09.07.2014 wurde unsere Mitarbeiterin nebst drei Klienten von der Bielefelder Polizei festgesetzt und aufgefordert eine polizeiliche Identitätsfeststellung, Durchsuchung der eigenen Person und der bei sich geführten Sachen zu dulden. Eine rechtliche Belehrung warum diese Maßnahmen ergriffen werden, wurde ihnen nicht mitgeteilt. Unsere Mitarbeiterin bestand darauf in Erfahrung zu bekommen, warum gerade sie festgesetzt werden. Allerdings hielten die Polizeibeamten es nicht weiter für erforderlich eine Erklärung abzugeben und vollzogen die beabsichtigte Maßnahme aggressiv fort. Nach unbegründeter Feststellung der Identität und Durchsuchungen unserer Klienten und somit Feststellung dass kein strafrechtlicher Vermerk vorhanden ist, beschlossen die Beamten auch unsere Mitarbeiterin zu durchsuchen. Trotz passiven Protestes unserer Mitarbeiterin wurde die Maßnahme durch polizeiliche Fixierung vollzogen. Auch die mitgeführte Tasche mit Klientenakten wurde von den Beamten durchsucht. Unsere Mitarbeiterin verwies berechtigt die Beamten daraufhin, dass ihre Maßnahme rassistische Züge beinhalte. Durch die polizeiliche Fixierung erlitt unsere Mitarbeiterin Prellungen und Quetschungen, sie musste kurzzeitig ambulant im Krankenhaus behandelt werden.

Als ob diese rechtswidrige und rassistische Maßnahme nicht kläglich genug wäre, erhob das Polizeipräsidium Bielefeld gegen unsere Mitarbeiterin noch eine Strafanzeige wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung. Eine Entschuldigung wegen der Missachtung des Rechts auf Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 GG), des Rechts auf allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs.1 GG), des Rechts auf Beachtung der körperlichen Integrität und Unversehrtheit, des Rechts auf Verfügungsgewalt über Eigentum, des Rechts auf informationelle Freiheit und des Gleichbehandlungsrechts, ließ die Polizei bis heute vermissen.

Der vermeintlich rechtliche Grund der Maßnahme wurde erst im Hauptverfahren von der Polizei kryptisch dargelegt. Danach wurde unsere Mitarbeiterin nebst den drei Klienten des AK Asyl wegen eines Anfangsverdachtens zu einer begangenen Straftat festgesetzt und zur Duldung der Maßnahmen verpflichtet. Der Verdachtsgrund wurde von den Polizeibeamten vor und im Laufe der Hauptverhandlung beliebig geändert und ergänzt. Die Widersprüche in den Aussagen der Beamten manifestiert die nachjustierte Geschehenslage. In der Strafanzeige erklärte die Polizei

noch, dass unsere Klienten, Ähnlichkeit mit zuvor ermittelten Personen hätten und deshalb sich bei ihnen der Verdacht einer Straftat verfestigt habe. Weiterhin wurde erläutert, dass die Betroffenen zu tritt in ein PKW eingestiegen wären.

Im Verfahren wiederum kam die Erklärung, dass sie (Polizeibeamte) die Betroffenen bei einem Drogengeschäft vermeintlich beobachtet hätten. Diese Benennung der Beobachtung, die die Grundlage des Anfangsverdachtens darstellt, fehlte nicht nur in der Strafanzeige sondern wurde auf kreativ fiktive Weise erst im Hauptverfahren dem Gericht vorgetragen.

So genau was beobachtet wurde blieb allerdings allen Beteiligten ein Geheimnis. Sie hätten mal beobachtet, dass die drei vermeintlichen Täter mit einer 15 bis 20 großen Personengruppe eine "Austauschhandlung" betätigt hätten, im gleichen Atemzug wurde diese Aussage wiederum dahingehend umgeändert das es sich dabei um eine 6 bis 10 große Personengruppe gehandelt habe und das nunmehr der Eindruck bei den Polizeibeamten erweckt worden wäre, dass es sich um einen Drogengeschäft handele. Ferner wurde die Zahl der vermeintlich verdächtigten Täter mal als 3 mal als 2 bezeichnet.

Die Aussagen der Betroffenen als Zeugen erzählte allerdings ein gänzlich anderes Geschehen.

Am Geschehenstag hielten sich die zwei Betroffenen am Kesselbrink mit einem weiteren Freund auf. Sie beabsichtigten zu einem Arbeitskreistreffen des AK Asyl zu gehen, dass in der Nähe, im IBZ stattfand. Kurz vor Beginn der Veranstaltung machten sie sich Fußläufig auf den Weg dahin. Dabei durchquerten sie den Kesselbrink ohne bei einer Person geschweige Personengruppe anzuhalten. Auf der Höhe des Eingangs zum Ravensberger Park sah unsere Mitarbeiterin, die ebenfalls mit einem anderen Klienten mit einem PKW auf dem Weg zu der Veranstaltung war, die Betroffenen und nahm sie bis zum Veranstaltungsort mit. Am Realparkplatz hielten sie an. Kurz danach erfolgte die rechtswidrige und rassistische Maßnahme.

Die Sachlage war und ist juristisch Unverkennbar klar. Die Aussagen der Polizeibeamten decken sich mit ihrer eigenen Strafanzeigen nicht im Geringsten ein. Der Verdachtsgrund wurde in der Hauptverhandlung kurzerhand umgeändert. Die Aussagen der anderen Zeugen stellt wiederum eine eindeutige Sachlage da, die sich allesamt decken. Die richtige rechtliche Schlussfolgerung wäre, die Maßnahme wegen nicht Vorhandensein eines Verdachtsgrundes als rechtswidrig zu erklären. Und ferner zu hinterfragen, was den die Beamten dazu bewogen hat, diese rigorose Maßnahme durchzuführen. An sich geben die Beamten dafür die Antwort selbst in ihrer Strafanzeige; die vermeintliche Ähnlichkeit der Betroffenen mit anderen polizeilich bekannten Personen. Allerdings worauf sich diese Ähnlichkeit beziehen wollte die Polizei am Ende doch nicht mehr verkünden. Unsere nicht weithergeholte Mutmaßung, dass die Beamten sich auf die Hautfarbe der Betroffenen bezogen haben, lässt sich durch stringentes weiterdenken ohne weiteres feststellen. Warum die Staatsanwaltschaft und das Gericht das nicht so entnehmen, liegt nach unserer Auffassung in Abwehr und Verschleierungsme

chanismen des institutionellem Rassismus. Die Bielefelder Polizei hat einen belebten Platz (Kesselbrink) kurzerhand als "Gefahrengebiet" deklariert und anhand "rassistischen Lageerkennnissen" Menschen die eine andere Hautfarbe haben als die vermeintliche Mehrheitsgesellschaft, als potenzielle Täter in Visier genommen. So erklärt sich auch warum in der Strafanzeige die Rede von "ähnlichen Personen" war und dies später im Verfahren gänzlich revidiert wurde, vermutlich ein juristischer Rat der polizeilichen Rechtsabteilung, die die rassistische Vorgehensweise der Maßnahme verdecken wollten.

Dass die vorgenommenen Maßnahmen einen gravierenden Rechtseingriff in die verfassungsrechtlich garantierten Rechte der Betroffenen darstellt und deshalb nur in Verdachtsfällen vorgenommen werden kann, wenn hinreichende Wahrscheinlichkeit besteht, dass die Betroffenen als Täter_in oder Teilnehmer_in einer Straftat in Frage kommen, wurde sowohl von der Polizei als auch dem Gericht nicht weiter thematisiert. Vielmehr herrschte von Anfang an eine eindeutige gesetzwidrige Grundhaltung des „hohen Gerichtes“ dahingehend, dass die Betroffenen die Maßnahmen der Polizei zu dulden haben und sie ohne weiteres rechtmäßig wären. Abgesehen von den ganzen weiteren Rechtsfehler in der Maßnahme, wie z.B. der Einholung eines Richterbeschluss bzgl. der Personendurchsuchung, kann diese Grundhaltung des Gerichts nur mit einer subjektiven Befangenheit erklärt werden.

Was am Ende verwunderlich war und die Sache ad absurdum führte war, dass das Gericht trotz Freispruch Plädoyer der Staatsanwaltschaft und Verteidigung einen merkwürdi-

gen Schuldspruch konstruierte. Auch bei unterstellter Annahme der Rechtmäßigkeit der Maßnahme, hat sich unsere Mitarbeiterin nicht strafbar gemacht, da weder der Tatbestand des Widerstandes noch der Beleidigung erfüllt waren, so auch der Staatsanwalt, der explizit für ein Freispruch plädierte. Alles andere wäre anhand der Beweislage auch nicht vertretbar gewesen. Die Befangenheit der Richterin und die nicht Bereitschaft des Gerichts sich mit dem Rassismuskurs auseinanderzusetzen führte letztlich zu dieser absurden Entscheidung.

Mit seinem Urteilsspruch hat das Gericht zwei gravierende Fehler begangen. Zum einem hat sie die rechtliche Würdigung des Verfahrens gänzlich missachtet, zum anderen hat es die gesellschaftliche Reichweite des Urteils komplett verkannt.

Dieses Urteil ist für uns nicht hinnehmbar, weitere rechtliche Schritte werden eingeleitet. Dass Menschen nur aufgrund ihrer Hautfarbe Unrecht erfahren werden wir nicht hinnehmen.

Der institutionelle und gesellschaftliche Rassismus muss thematisiert und bekämpft werden.

AK Asyl e.V.
Mehr Infos unter www.ak-asyl.info

Arbeitskreis Asyl e.V.
Kavalleriestr. 26
33602 Bielefeld

WENN DER MENSCH VERGISST, DASS ER MENSCH IST

Hooligans und Nazis verbünden sich gegen Salafisten,

In Wirklichkeit geht es aber gegen alles Fremde.

Die rechten Fadenzieher wirken im Hintergrund
und lassen ihre Handlanger die Drecksarbeit verrichten.

Die Rechten wollen vom Bürgermeister wissen, wie viele Juden in der Stadt leben und wo,

Es ist so wie damals 1933, wo die Menschen ihre Nachbarn denunzierten.

Fahren als Nächstes vielleicht wieder die Braunhemden mit ihren LKW's durch die Strassen
und durchsuchen die Häuser ?

Die Terrormilizen des "Islamischen Staates" morden im Namen Allans,

Jeder, der anders denkt, wird massakriert.

Wo ist der liebe Gott, wenn Tausende sterben?

Wer beschützt die Millionen Flüchtlinge auf dieser Welt?

Brüder kämpfen gegen Brüder,

Von den Kriegstreibern aufgestachelt.

Blutvergiessen wegen eines Stückchen Lands,

Woher kommt nur all´ der Hass?

A F O W L stiftet anarchistischen Medienpreis:

Der Goldene Bildungszwerg 2015



Zur Erinnerung:

Der Preis geht an den/die Journalisten/in, Politiker/in oder Kulturschaffende/n, der/die zwischen dem 1.9.2014 und dem 31.8.2015 die dreisteste oder dämlichste Behauptung aufstellt, irgendwo auf dieser Welt würde "Anarchie herrschen" wenn es sich dabei lediglich um Unordnung oder Chaos, also *Anomie*, handelt. Der/die Gewinner/in wird zur Preisverleihung nach Bielefeld eingeladen, sämtliche Kosten für Anreise, Unterkunft und Verpflegung trägt er/sie selbst. Der Rechtsweg ist, selbstverständlich, ausgeschlossen.

ANARCHISTISCHES FORUM OWL

Wir halten Euch auf dem Laufenden!

Die ersten vier Aspiranten:



Jan Ulrich Max Vetter, besser bekannt als Farin Urlaub, Musiker bei der Band Die Ärzte, stellte am 15.10.2014 in einem Radio-Interview (WDR2) das Gerücht richtig, er habe bereits 177 Länder bereist:

"Nein, nein, nein, das stimmt nicht. (...) Ich wär froh, wenn ich schon so weit wäre. Auf der anderen Seite - ähm - kann ich

mir auch da Zeit lassen: die Welt läuft nicht weg, sie versinkt nur in **Anarchie**."



Prof. Christopher Clark, Historiker an der Universität Cambridge und "Experte für Deutsche Geschichte" in der ZDF-Reihe "Die Deutschland-Saga" am 7.12.14 zur Errichtung der Weimarer Republik: "Von den Kriegsfolgen zerrütet wagt man noch im selben Jahr in Weimar, der Stadt von Schiller und Goethe, den Neuanfang: eine Republik in der

Tradition der Ideale von 1848, eine demokratische Verfassung. Aber die Vorzeichen sind schlecht: auf den Straßen herrscht **Anarchie**. Linke und rechte Extremisten kämpfen um die Macht..."

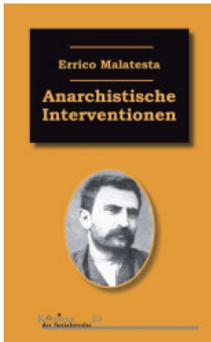


Bernhard Pötter, Journalist bei der taz, in "Ausweg Ökonomie - Die Freiheit der anderen" (2014): "Bleibt die Frage: Ist die Ökonomie demokratisch zu vermitteln? Selbstverständlich bringt Rücksicht auf die Zukunft auch Einschränkungen mit sich. Doch das Wesen der Demokratie ist eben die Einschränkung. Grenzenlose

Freiheit dagegen ist ein Zeichen der Willkür und der **Anarchie**. Freiheit ist immer auch die Freiheit der Andersdenkenden, aber heute ist sie auch die Freiheit der anderswo und später Geborenen."



Jürgen Webermann, ARD-Korrespondent in Neu Delhi, am 9.9.14 in der Radiosendung "WDR2 Weltzeit" zum Straßenverkehr in Neu Delhi: "Wir haben uns einen Roller gekauft und - ähm - ich stürz' mich jetzt wirklich mit großer Freude in die **Anarchie** auf den Straßen, das is' wirklich anarchisch was da passiert: jeder hupt, jeder fährt so wie er will..."



Errico Malatesta
Anarchistische Interventionen
Ausgewählte Schriften (1892-1931)

Anarchistische Interventionen versammelt repräsentative Artikel aus der über 50 Jahre dauernden Tätigkeit des bedeutenden italienischen Anarchisten Errico Malatesta (1853-1932).

In ihrer klaren Sprache, dabei aber nie simplifizierend, sind sie nicht nur stilistisch vorbildhaft, sondern legen zudem Zeugnis über diesen hochangesehenen Querkopf der anarchistischen Bewegung ab, der sich zu allen zentralen Themen des klassischen Anarchismus (u.a. Organisation, Gewalt, Syndikalismus, Revolution) eigenständig äußerte. Themen, die auch heute noch die unseren sind.

Unrast Verlag, Münster 2014, Reihe: Klassiker der Sozialrevolte, 244 S., 14,80€



Findus, Torsten Bewernitz
Kleine Geschichte der Krisenrevolten –
Ein schwarz-roter Leitfaden

Anna und Jens arbeiten im CallCenter. Vom Fenster aus ist das Occupy-Camp zu sehen – aber was hat das eigentlich mit ihren Arbeitsbedingungen zu tun? Die beiden prekär Beschäftigten begeben sich auf eine virtuelle Zeitreise durch

die Geschichte der Krisen von heute bis in die frühe Neuzeit, nicht ohne dabei den einen oder anderen theoretischen Abstecher in die Kritik der ökonomischen Theorie, Zyklen- und Weltentheorien und die Ideen des Rätekommunismus zu machen. Am Ende der Reise ist klar: Man muss etwas gegen die Zumutungen der Krisenverwaltung durch Politik und Wirtschaft machen! Aber wie?

Eine zweite Zeitreise wird nötig, um auf die Spuren der Proteste und Widerstände zu kommen, von Hungerrevolten über Generalstreiks bis zu Platzbesetzungen.

Unrast Verlag, Münster 2014, 92 S., 9,90€

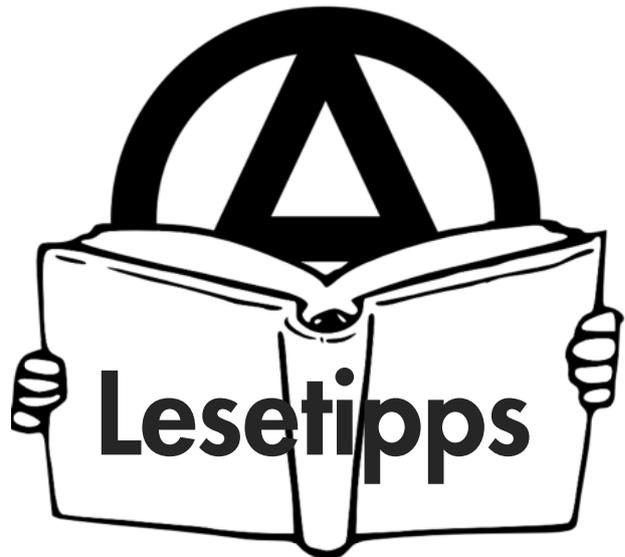


AG (post)autonome Handlungsweisen (Hg.)
Organisation & Praxis
Ein politisches Handbuch

Die Gesellschaft zu verändern geht mit anderen besser als alleine. Am Anfang einer emanzipatorischen Politik steht daher nicht selten die Organisation in einer antiautoritären Gruppe.

Neue und alte politische Gruppen stehen häufig vor denselben Problemen und Fragen:

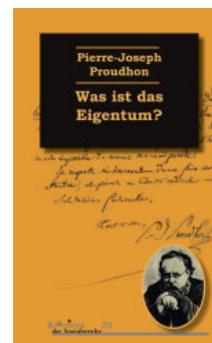
- Wie entstehen und organisieren sich politische Gruppen?
- Wie kommt man an Geld und Räume?
- Was macht eine erfolgreiche Pressearbeit aus?



- Wie organisiert man einen Vortrag?
- Wie funktioniert Kommunikationsguerilla?
- Was ist bei einer Demonstration zu beachten?
- Wie schützen wir uns vor Repression und Burn-out?
- Welche kreativen Aktionsformen gibt es?
- Wie wird ein Camp oder ein Kongress organisiert?
- Wie läuft eine bundesweite Kampagne ab?

Diese und viele weitere Fragen werden in diesem Buch behandelt.

Unrast Verlag, Münster 2014, 198 S., 9,80€



Pierre-Joseph Proudhon
Was ist das Eigentum?
Untersuchungen über den Ursprung und die Grundlagen des Rechts und der Herrschaft

Der Band ist das erste grundlegende Werk zu Proudhons Philosophie des Anarchismus; es wurde 1840 erstveröffentlicht.

Die Schrift, die Proudhons provokativste

Postulate enthält – Eigentum ist Diebstahl! – Gott ist alles Übel! – Anarchie ist die beste Regierung! – erlangte ihre wichtigste Bedeutung in der 1848er Revolution und ist eine der Gründungsschriften des Anarchismus überhaupt, auf die sich insbesondere die syndikalistische Arbeiterbewegung in Frankreich und die kommunistischen Anarchisten um Kropotkin bezogen. Kropotkin: »Nachdem er bewiesen hat, dass das Eigentum bloß eine Form des Raubes, der Plünderung und des Diebstahls ist, zeigte Proudhon, dass eine Hauptfolge des Eigentums die Despotie ist.«

Auch Karl Marx, der in den frühen 40ern noch sehr befreundet mit Proudhon war, lobhudelte die Veröffentlichung: »Herausfordernder Trotz, der das ökonomische ›Allerheiligste‹ antastet, geistreiche Paradoxie, womit der gemeine Bürgerverstand gefoppt wird, zerreißendes Urteil, bittere Ironie... revolutionärer Ernst.« Zentral ist in dem Werk

- die Analyse, wie Eigentum entsteht,
- wie es (national)ökonomisch und gesellschaftlich wirkt und

- die Unterscheidung von Eigentum und Besitz, die Prodhon in späteren Werken noch perfektioniert.
Unrast Verlag, Münster 2014, Reihe: Klassiker der Sozialrevolte, in neuer Übersetzung von Lena Völkening, 332 S., 16,00 €



Tobias Morawski
Reclaim Your City
Urbane Protestbewegungen am Beispiel Berlins

Steigende Mieten, Privatisierung öffentlicher Flächen, Gentrifizierung und Verdrängung aus der Innenstadt sind die Folgen einer neoliberalen Stadtentwicklung, die zunehmend in den Fokus der Kritik gerückt ist.

»Reclaim Your City« gibt den urbanen Protestbewegungen eine Stimme, die sich demgegenüber mit unterschiedlichen Methoden den öffentlichen Raum aneignen und ein Recht auf Stadt reklamieren. Mittel der Gegenwehr sind physische Aneignungen wie Haus- und Platzbesetzungen, Blockaden von Bauvorhaben oder Zwangsräumungen, aber auch Demonstrationen und Verfremdung von Werbung, kritische Kartierung und Erstellung von Leerstandsmeldern. Das Buch erklärt die Strategien der Raumanneignung dieser Bewegungen und fragt danach, wie sich KünstlerInnen und GestalterInnen in der Stadtpolitik positionieren.

Assoziation A, Berlin 2014, 168 S., 16,00€



Kommuja
Das Kommunebuch
utopie.gemeinsam.leben.

Der Wunsch, herrschaftsfreie Räume zu schaffen, die sowohl eine individuelle Entfaltung ermöglichen als auch kollektive Kräfte freisetzen und den Weg zu wirkmächtigen Alternativen öffnen, ist so zeitlos wie aktuell. Und so nötig wie nie zuvor. Denn wir brauchen Alternativen. Heute,

hier, jetzt! Grundsätzliche Veränderungen sind notwendig, um die Probleme zu lösen, vor denen die heutigen Gesellschaften stehen. Mehr Wachstum ist weder die Antwort auf Arbeitslosigkeit, überbeuerte Wohnungen oder miserable Jobs noch auf die Herausforderungen des Klimawandels und der fortschreitenden Umwelzerstörung. Das Vertrauen in das politische System und den Kapitalismus zerbröckelt, in gleichem Maße wie die Einrichtungen des Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrssystems, wie die Schulen, Straßen und Krankenhäuser. In den aktuellen Krisen organisieren sich viele Menschen weltweit in neuen solidarischen Zusammenhängen. In überschaubaren Strukturen mit gemeinsamer Alltagsorganisation finden sie neue Lösungsansätze. Das Buch wendet sich an alle, die Veränderung wollen und dafür Anregungen suchen. Es richtet sich sowohl an am Kommuneleben interessierte Personen als auch an diejenigen, die

bereits in solchen Gemeinschaften leben. Die Autor*innen möchten dazu anstiften, andere Lebensformen auszuprobieren, und geben Einblick in ihren konkreten Alltag und die Diskussionen, von denen er geprägt ist.

Assoziation A, Berlin, September 2014, 344 S., 18,00€



Jürgen Münkler | Siegbert Wolf (Hrsg.)
„Antisemit, das geht nicht unter Menschen“.

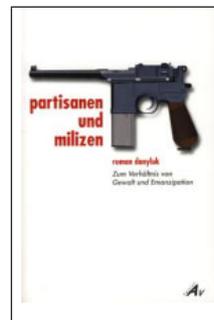
Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und Israel
Band 2: Von der Staatsgründung bis heute

Trotzdem sind die israelischen Genossen, genauso wie andere Strömungen, dazu gezwungen, die Tatsache zu akzeptieren,

dass Israel verteidigt werden muss. Am Tag nach der Ausrufung des Staates Israel (15. Mai 1948) drohte Assam Pasha, der Generalsekretär der Arabischen Liga: „Dies wird ein Vernichtungskrieg mit Massakern wie beim Mongolensturm und den Kreuzzügen.“ In Diskussionen mit israelischen Anarchisten wurde betont, dass die einseitige Auflösung des israelischen Staates überhaupt nicht anarchistisch wäre. Es würde im Gegenteil nur die ungeheure Macht der arabischen Staaten noch vergrößern und ihre Pläne zur Eroberung Israels beschleunigen. [...] Die Notwendigkeit der Verteidigung Israels ist – wie unsere Genossen freimütig bestätigten – keineswegs dazu angetan, die konzentrierte Macht des Staates zu beschneiden. Vielmehr bedingt sie die Umsetzung der militärischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Maßnahmen, die unverzichtbar sind, um Israel in ständiger Verteidigungsbereitschaft zu halten. Solche Kriegsvorbereitungen verstärken den Hang zum Despotismus, ein Kennzeichen jedes Staates, anstatt ihn abzuschwächen. Die israelischen Anarchisten (und Nichtanarchisten ebenso) wissen nur zu gut, dass die Beschneidung der Staatsmacht unter solchen Umständen keine echte Alternative ist. Aber sie fühlen sich als Anarchisten moralisch verpflichtet, sich so gut es geht gegen den zunehmenden Despotismus des israelischen Staates zu wehren.

Sam Dolgoff (1986)

Verlag Edition AV, Lich 2014, 273 S., 18,00€



Roman Danyluk
Partisanen und Milizen
Zum Verhältnis von Gewalt und Emanzipation

Ausgehend von einem emanzipatorischen, das heißt sozialrevolutionären Ansatz versucht Roman Danyluk, sich in diesem Buch dem Verhältnis von Gewalt und Emanzipation kritisch zu nähern. Der Autor geht aber zunächst von den realen und gesellschaftlich ungleichen

Gegebenheiten im bürgerlich-kapitalistischen Staat aus, die er als ein soziales Gewaltverhältnis bezeichnet, welches nur durch

Ausschlüsse nach innen wie nach außen funktioniert. Roman Danylyuk führt den Begriff der sozialen Gegengewalt in seine Erörterungen ein, um die Militanz der Ausgegrenzten und Benachteiligten charakterisieren und sie als Ausdruck der vergangenen wie gegenwärtigen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus interpretieren zu können. Anhand markanter historischer Beispiele diskutiert er die politische und soziale Gewaltanwendung des Proletariats und der radikalen Linken. Aus der kritischen Analyse dieser geschichtlichen Erfahrungen leitet der Autor unverzichtbare Kriterien für die Anwendung kollektiver Militanz ab, um schließlich zu egalitären Verhältnissen zu gelangen.

Verlag Edition AV, Lich, September 2014, 364 S., 18,00€



Juan Pablo Hudson
Wir übernehmen.
Selbstverwaltete Betriebe in Argentinien
- eine militante Untersuchung

Argentinien 2001: Krise, Aufstand, Sturz der Regierung und neue Formen der Selbstorganisation. Statt der Pleite zuzusehen, übernahmen Arbeiter_innen ihre Betriebe. Trotz aller Widrigkeiten bestehen die meisten heute

immer noch, neue kommen hinzu. Betriebsbesetzungen gehören inzwischen in Argentinien zum Repertoire des Arbeiter_innenwiderstands. Aus der Not ist ein Reichtum an Erfahrungen entstanden, die über das Bestehende hinausweisen und andernorts aufgegriffen werden.

Hudson hat sich nicht nur mit den spektakulären Anfängen der Bewegung, mit Besetzungen und heftigen Kämpfen um Fabriken beschäftigt. Er hat die Compañer@s verschiedener übernommener Betriebe in Rosario jahrelang begleitet, als Forscher und Unterstützer. Sein Buch ist eine Collage aus Geschichten, Reflexion und Analyse, Berichten der Arbeiter_innen und Tagebuchnotizen zum Untersuchungsprozess. So entsteht ein vielschichtiges Bild der Selbstverwaltungserfahrungen. Ohne vorschnelle Antworten zu liefern, inspiriert es zum Nachdenken und Selbermachen.

Mandelbaum Verlag, Wien, Juli 2014, herausgegeben und übersetzt von Alix Arnold und Gabriele Schwab, 210 S., 16,90€



Thomas Schmidinger
Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan
Analysen und Stimmen aus Rojava

Als letzte Bastion kämpfen im Norden Syriens kurdische KämpferInnen gegen die jihadistische Bedrohung durch den selbsternannten »Islamischen Staat«. Nach jahrzehntelanger Unterdrückung durch das Baath-Regime gelang es den syrischen

KurdInnen im Windschatten des Aufstands gegen das Regime 2012, den Großteil ihrer Siedlungsgebiete zu übernehmen. Mit der Entwicklung des Aufstandes zum Bürgerkrieg und dem

wachsenden Einfluss jihadistischer Gruppen ist jedoch die Sicherheitslage in Rojava (»West-Kurdistan«), wie Syrisch-Kurdistan von den KurdInnen selbst genannt wird, zunehmend prekär geworden. Für die syrischen KurdInnen ist die Verteidigung ihrer Städte und Dörfer ein Überlebenskampf geworden. Thomas Schmidinger, der Syrisch-Kurdistan mehrmals bereiste und zuletzt 2014 in Rojava war, gibt einen aktuellen Einblick über eine Region zwischen Revolution und Bürgerkrieg. In zahlreichen Interviews mit PolitikerInnen und AktivistInnen sozialer Bewegungen lässt er darüber hinaus die Menschen in Rojava selbst zu Wort kommen.

Mandelbaum Verlag, Wien, Oktober 2014, 1264 S., 16,90€



Victor Serge
Schwarze Wasser
Roman

Michail Iwanowitsch Kostrow, Professor für »historischen Materialismus« in Moskau, wird wegen falscher Gesinnung verhaftet. Er durchläuft die verschiedenen Stationen des stalinistischen Repressionsapparats und landet schließlich in dem entlegenen Ort Schwarze Wasser in der

Verbannung. Hier trifft er auf eine Gruppe von Oppositionellen. Der atemlos geschriebene Roman ist eine Fiktion, aber genährt durch fürchterliche Realitäten, aus Erfahrungs- und Erinnerungsbruchstücken der deportierten linken Opposition. Trotz der Hoffnungslosigkeit der Situation überdauern die Protagonisten – dank einer menschlichen Wärme im Grauen der Denunziationen, dem Sternenhimmel, der Weite der Landschaft und der kurzen Liebe. Serges Roman von 1939 macht vor Koestler und lange vor Sol-schenyzin das Leben in den sowjetischen Straflagern zum Thema – ein Stück ergreifender Weltliteratur, das in der Übersetzung von Eva Moldenhauer nun erstmals auf Deutsch vorliegt.

Rotpunktverlag, Zürich, September 2014, 288 S., 22,90€



Wie der Kannibalismus vergangen ist, wird das Kapital vergehen.

Die Verhaftung der Louise Michel, Ölgemälde von Jules Girardet, 1871

Und in dieser vorläufigen Zeit spürt die Menschheit durch das Leichentuch ihrer Puppe, dass neue Sinne sprießen. Die Persönlichkeit erweitert sich dank der Milliarden von Leben, die sich um uns bewegen, wie der Wassertropfen auf die Unermesslichkeit der Meere zurückführt. Die Erde scheint ganz klein, als ob von den anderen Planeten Aufforderungen zur Internationale der Welt kämen, und es gibt kein menschliches Atmen mehr, weder im Herzen noch auf den Buchseiten, wir Primaten, wir leben vorwärts, ohne Bewusstsein.

Als Letzte eines Zeitalters säen wir die Saat, rühren wir den Mörtel an, andere werden das Gebäude erbauen und wir werden verschwinden, von allem einst Lebendigen umhüllt wie von einem Leichentuch, dessen Ecken über dem Leichnam gefaltet werden. Wenn unter dem wässernen Leichentuch, das wie ein Schiff versunkene Atlantis wiedergefunden werden wird, wird es genauso tot sein wie wir von gestern und heute, wenn wir einmal verschwunden sind – stellt dies nicht denselben Schatten dar?

Die Anziehungskraft des Fortschritts wird sich umso mehr

bestätigen, desto gesicherter der alltägliche Zugang zu Brot wird, und ein paar reizend und freiwillig gewordene Arbeitsstunden werden genügen, um mehr zu erzeugen, als für den Konsum notwendig ist.

Aneignung ist genauer als Enteignung, weil dieses letzte Wort den Ausschluss von den einen oder anderen bedeuten würde, was nicht Bestand haben kann, da die ganze Welt allen gehört und jeder nehmen wird, was er braucht.

Niemand darf glauben, dass die Veränderungen der Gesellschaft in der heutigen Zeit aufhören und, dass diese vollkommen illusorische Republik das Ende des Fortschritts darstellt. Die kommunistische Anarchie dämmert von allen Seiten herauf, sie muss überquert werden, um weiterzugehen. Sie wird überquert, da der Fortschritt uns immer wieder anzieht, da die schlimmer als streunende Hunde ausgesetzte Multitude und ihre Sprösslinge sich nicht gewöhnen können, ohne Brot zu essen und ohne Dach zu schlafen. Ein einziger Generalstreik könnte ein Ende bereiten, er bahnt sich ohne Anführer an, außer dem Lebensinstinkt – sich auflehnen oder sterben, keine andere Alternative.

**Louise Michel, aus einer Rede zum Ende
der Pariser Commune**

Heiliger Mülleimer!

Der Horst-Wessel-Mülleimer im Teutoburger Wald.
Am linken Rand auf halber Bildhöhe hängt noch das Gesteck.

Sonntag, 16. November 2014. Volkstrauertag. Es ist 9 Uhr und ich bin mit meinen Hunden auf dem Kamm des Teutoburger Waldes nahe Bielefelds unterwegs, da sehe ich schon von Weitem etwas leuchtend Weißes an einer jungen Eiche hängen. Beim Näherkommen erkenne ich, dass es sich um eine Kranzschleife handelt, die von einer Art Grabgesteck herabhängt. Das Ganze ist mit Draht in etwa 1,80 m Höhe an den Stamm des Baumes gebunden.

Ich beginne zu lesen: "Wanderer halt an! Hier stand einst ein Stein..."

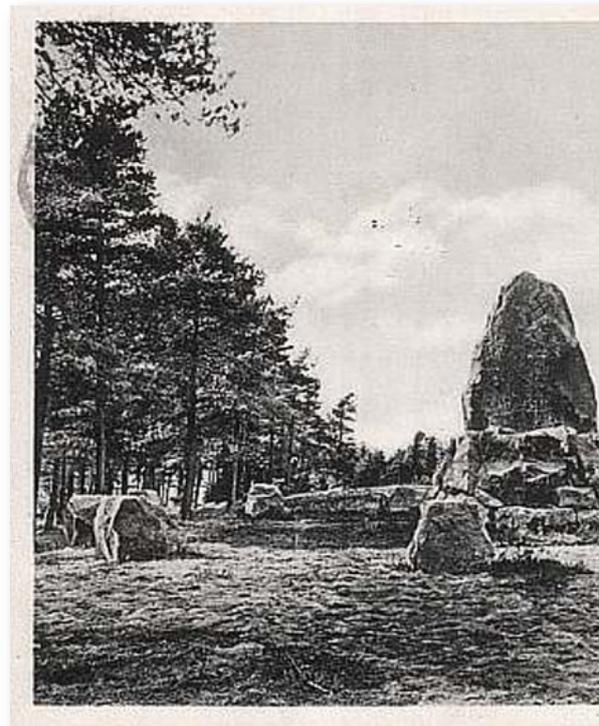
Sofort ist mir klar: "Scheiße, da geht's um den Horst-Wessel-Stein", diesen mysteriösen Gedenkstein, von dem kaum jemand weiß, wo er gestanden hat bevor er 1945 von den Amerikanern gesprengt wurde.

Horst Wessel war ein Nazi, der 1907 in Bielefeld zur Welt kam und 1930 in Berlin verstarb. Drei "große Leistungen" hat er in den Augen seiner Gesinnungsgenossen in seinem Leben vollbracht: 1. Er hat das Horst-Wessel-Lied geschrieben - jedenfalls den Text.

Dieses "Gesangswerk" wurde schon 1933 zum festen Bestandteil der Deutschen Nationalhymne erklärt und fortan stets nach dem Deutschlandlied gespielt und gesungen.

2. Seine Todesursache war eine Blutvergiftung in Folge einer Schuss-Verletzung die ihm von einem kommunistischen Rot-Front-Kämpfer beigebracht worden war. Das war natürlich für unsere braunen Ahnen ein prächtiger Stoff für Helden-Verehrung und Totenkult.

Sie machten bis zum Erbrechen Gebrauch davon.



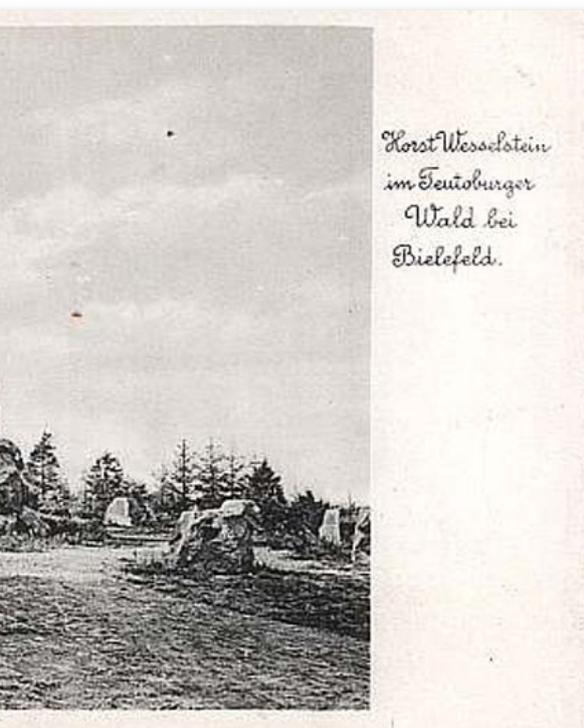
3. Er wurde in Bielefeld geboren. Das rechneten ihm zumindest die Bielefelder hoch an: er wurde zum "besten Sohn der Stadt" erklärt, man schleppte einen 20 Tonnen schweren Steinbrocken auf den Kamm des Teuto und errichtete dort eine regelrechte Gedenkstätte in Form eines Thing-Platzes, an deren schauriger Einweihungsfeier angeblich 15.000 Leute teilgenommen haben.

Dieser Stein also wird in dem gedichtähnlichen Geschreibsel auf der Schleife beschworen. Das ist mir, wie gesagt, sofort klar. Ich wundere mich allerdings, dass dies nun wirklich nicht sein Original-Standort ist. Dieser ist nicht allzu weit entfernt, aber nun mal nicht hier an dieser Stelle. Hier steht nur ein angegammelter alter Mülleimer. Aber zunächst gehen meine Gedanken andere Wege: heute ist Volkstrauertag, der Scheiß hier wurde vielleicht gerade erst aufgehängt und die sind womöglich noch in der Nähe. So also reiße ich schnell die Schleife ab und lasse sie unter der Jacke verschwinden. Ein Foto im Weggehen, das war's.

Erst später spekuliere ich: vielleicht waren die ja aber auch am Vorabend da und haben da 'ne Art Schwarze Messe abgezogen. So 'nen finsternen Mummenschanz mit Fackeln, Strammstehen und "Heil"-Gegrunze. Wer weiß? Vielleicht waren es aber auch nur zwei oder drei - heimlich still und leise...

Sicher ist nur eins: sie wissen nicht, wo der Stein stand und das ist gut so. Sollen sie weiter an Mülleimern ihrer "Helden" gedenken.

L. Obo



*Wanderer halt an!
Hier stand einst ein Stein,
zur Erinnerung sollte er sein,
an einen Sohn dieser Stadt,
wie ihn sonst keine hat.
Das war der Wunsch, das war der Plan,
doch schon nach ein paar Jahr'n,
kamen die Sieger und sagten: „nein,
solch ein Stein – das darf nicht sein!“
Sie sprengten ihn,
zerstörten das Monument
und glaubten wohl,
dass den Sohn von nun an
keiner mehr kennt.
Sie irrten sich! Sie mussten sich irren.
Das Mahnmal zerstört –
doch die Erinnerung bleibt.
So muss es sein – so muss es bleiben!
Solange deutsche Herzen schlagen,
wird dieser Sohn unvergessen sein.*

1907 in Bielefeld geboren
1930 in Berlin ermordet

1. Vernetzungstreffen. Ein Rückblick

Vernetzungstreffen AFOWL 06.09.2014

Mit der conAction-Ausgabe Nr: 3 kündigten wir im Juli 2014 unser 1. Vernetzungstreffen an. Da die conAction nach ein paar Ausgaben und relativ kleiner Druckauflage natürlich noch nicht die angestrebte Verbreitung hat, bedienen wir uns wieder einer Online-Ausgabe, welche wir über die sozialen Netzwerke, Email-Listen und unsere Homepage verteilten und bewarben.

Wir wollten mit der Einladung einerseits einzelne Personen und Gruppen aus dem anarchistischen Umfeld ansprechen und andererseits solche, die sich zwar für selbstverwaltete Organisationsformen interessieren, jedoch mit dem Begriff Anarchismus bisher nicht viel zu tun hatten oder sogar eine

keitsfelder bekommen und hatten jeweils eine_n Ansprechpartner_in für eine evtl. Kontaktaufnahme.

Die Schaumschläger, die Ihre Arbeit darin begreifen, die Sicht auf den Anarchismus in der Öffentlichkeit zu ändern, den Menschen zu erklären, wie Selbstorganisation und Selbstverwaltung grundsätzlich gedacht und gelebt werden kann.

Die Heuschrecken, welche gerade erst ihre erste Ernte von selbst angebauten Lebensmitteln eingefahren haben und nun Mitstreiter_innen suchen, um das Modell zu erweitern.

Die Gruppe X, welche in mehreren Bereichen, von theoretischer Arbeit über abendfüllende Veranstaltungen bis hin zu direkten Aktionen aktiv ist.

Die AGSAD, welche sich als antifaschistische Gruppe mit den subtilen Themen der neuen und alten Rechten auseinandersetzt. Diese subtilen Themen setzen sich leicht in der Bevölkerung fest, da sie das kulturelle Gemeinschaftsgefühl ansprechen wollen.



gänzlich falsche Vorstellung vermittelt bekommen haben. Denn es passiert uns ja tatsächlich immer wieder, dass selbst Besucher unserer Räumlichkeiten, Anarchie mit Anomie verwechseln und uns überrascht fragen, warum bei uns kein „Chaos herrscht“.

Die Räumlichkeiten in der Metzger Straße füllten sich am 06.09. ab 14:00 Uhr allmählich mit Besuchern und da wir ein Angebot an veganen Speisen und Getränken vorbereitet hatten, gab es für die Begrüßung und die Pausen neben der Möglichkeit des Austausches auch ein reichhaltiges Nahrungsangebot. Als sich etwa 20 Personen angesammelt hatten eröffneten wir die Veranstaltung um etwa 14:30 Uhr.

Wir starteten das Treffen mit einer kurzen Vorstellung des AFOWL, welches seit etwa 3 Jahren besteht, sich in dieser Zeit ein paar mal gewandelt hat und auch den Standort öfter wechselte.

Das AFOWL versteht sich nunmehr als Vernetzungsplattform anarchistischer Gruppen und aktiver anarchistischer Einzelpersonen bzw. von denen, welche sich mit unserem Grundsatzprogramm einverstanden erklären können. Ebenso sind Menschen willkommen, die aktiv werden wollen und Gruppen oder Mitstreiter_innen dafür suchen.

Im Anschluss an die Vorstellung des AFOWL haben sich die bei uns fest oder lose vernetzten Gruppen vorgestellt. Somit konnten die Besucher_innen einen Überblick über die Tätig-

Die conAction, in der ihr gerade diesen Artikel lesen könnt. Als kurzes Infoblatt gestartet möchte sich die Zeitschrift über die Szene hinaus etablieren.

Die FAU-Bielefeld, welche in den gleichen Räumlichkeiten tagt und ihre gewerkschaftlichen Kämpfe selbstverwaltet und basisdemokratisch zu organisieren sucht. Dabei stehen die Anliegen der Mitglieder und Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund.

Bei der Vorstellung der Besucher setzten sich die Themen nahtlos fort. Von Einzelpersonen mit dem Interesse eine Gruppe zu finden, über Personen, welche schon aktiv sind und die Vernetzung suchen, bis hin zu einem weiteren Netzwerk aus NRW, welches ebenfalls an einer strategischen Zusammenarbeit interessiert ist.

Zum Abschluss des Treffens las noch Ralf Burnicki von der Bielefelder Gruppe Blackbox etwas Lyrik aus seinem neuen Buch und anschließend wurde der Wechsel in den informellen Teil eingeleitet.

Durch die positiven Rückmeldungen zu unserem 1. Vernetzungstreffen fühlen wir uns bestärkt, diese Art der Veranstaltung in einer gewissen Regelmäßigkeit durchzuführen und würden uns freuen, euch beim 2. Anarchistischen Vernetzungstreffen 2015 begrüßen zu dürfen.

Euer AFOWL

Das Neueste von den

HEUSCHRÄCKEN

Wir haben abgeerntet und zwar alles! Nun ist Gründünger drauf und wir können auf die Sonne im neuen Jahr warten. Die Entscheidung zum Abernten und Umgraben fiel relativ schwer, da die Hoffnung bestand, dass die zuletzt gesäten leicht sprießenden Pflanzen doch noch gedeihen würden. Nach einem langen warmen Herbst, kam dann aber die Kälte relativ plötzlich und die Idee, es könnte einen 20°C warmen Winter geben wurde durch die Befürchtung, es könnte einen -20°C kalten Winter geben abgelöst.

Da wir im letzten Frühjahr spät losgelegt haben, kamen wir bei allen folgenden Arbeiten gemessen an den jahreszeitlichen Notwendigkeiten so in Verzug, dass die Herbstsaat wohl eh keine Chance mehr hatte. Egal, es war einen Versuch wert. Trotzdem werden wir es nächstes Jahr aber wohl anders angehen. Zumal die Pflanzen, welche noch gut kamen (Chinakohl und Spinat) von einer bisher unbekanntenen Schneckenart restlos vertilgt wurden.

Das Schlimmste war aber, dass wir uns daneben setzen und das Schauerspiel beobachten konnten. Anders als bei den gro-

ßen Nacktschnecken (siehe vorherige Erfahrungsberichte), war bei diesen kleinen und ebenfalls hauslosen Schnecken kein tageseitlicher Rhythmus erkennbar. Sie fraßen



immer, wurden immer mehr und materialisierten sich einfach mal so innerhalb der Schneckenumgrenzung.

Nun müssen wir uns um die Planung für das nächste Jahr kümmern und einige Herbst- und Winteraktionen planen, Flyer drucken und verteilen, um neue Mitstreiter_innen und Flächen zu finden sowie bauliche Maßnahmen starten, um Hochbeete und Schneckenschutz parat zu haben.

Zum Schluß nun der Aufruf: kontaktiert uns, wenn ihr mitmachen wollt aber auch, wenn ihr vielleicht Flächen zum Anbau kennt. Voraussetzungen? Na ja, die gibt es irgendwie schon. Schaut euch mal einfach das Grundsatzprogramm des AFOWL auf der letzten Seite an.

DIE HEUSCHRÄCKEN SUCHEN NEUE LEUTE

Wir, das Gartenkollektiv Heuschraecken suchen zur nächsten Saison Zuwachs um mit euch unsere bisher drei vorhandenen Felder gemeinsam zu bearbeiten.

Mit mehr Menschen wäre es möglich die existierenden Felder zu erweitern oder neue Flächen zu erschließen. Wir suchen Leute, die Lust am Gärtnern haben um so ihr eigenes Gemüse selbstorganisiert zu produzieren.

Seit 2014 haben wir unsere Felder für den Anbau vorbereitet und u.A. Kartoffeln, Mangold, verschiedene Bohnen, Zucchini und Kürbis angepflanzt.

Momentan bereiten wir die Felder auf den Winter vor um nächstes Jahr weiter machen zu können. Deshalb wäre jetzt ein guter Zeitpunkt um einzusteigen.

Falls ihr Interesse habt, könnt ihr uns unter der nebenstehenden Email - Adresse kontaktieren und uns bei einem Planungstreffen kennen lernen.

Dezember 2014
Eure

HEUSCHRÄCKEN

UNSERE TREFFEN

★ WANN?

Jeden zweiten
Dienstag
von 18 bis 20 Uhr

★ WO?

Im Gemeinschafts-
büro in der Metzger
Straße 20 in Bielefeld

★ WARUM?

Für die Errichtung
einer freien und
selbstbestimmten
Gesellschaft!

★ KONTAKT!

heuschraecken@riseup.net



Diskussion erwünscht:

Hallo zusammen,
folgenden Text habe ich im Oktober 2013 auf unserer
Homepage gepostet, wo ihr ihn auch noch
im Archiv finden könnt.

(Wozu das, mögt ihr denken, steht doch hier!?!
da habt ihr Recht, trotzdem lohnt ein Gang auf unsere HP die
ihr hier findet: <http://afowl.noblogs.org/>
Leider hat sich die von mir erwartete Diskussion nicht einge-
stellt, noch nicht mal für einen Shitstorm hat es gereicht.
Deshalb hier nochmal der Text, Meinungen dazu interessieren
sicher nicht nur mich brennend!

matze

BLOODY REVOLUTION OR FRIENDLY EVOLUTION ???

Eine Frage, die sich wahrscheinlich uns allen oft stellt, ist:
wie gestaltet sich der Weg zu einer freien Gesellschaft?
Muss das herrschende System mit Gewalt von seinen tönernen
Füßen gestoßen werden, um auf den Trümmern etwas Neues
aufzubauen?

Oder sollte es darum gehen, durch Vorleben eines besseren Le-
bens, durch das Erkämpfen von Freiräumen im System, durch
Unterwanderung usw. den Grundstein für eine gerechte Gesell-
schaftsordnung zu schaffen?

Denn eines ist ja wohl sicher: mit dem Kapitalismus ist kein
Frieden zu machen!!!

Ist Gewalt gegen ein gewalttätiges System nur Notwehr oder
stellen wir uns auf eine Stufe mit Despoten, wenn wir Gewalt
ausüben?

Ist auf der anderen Seite das Erkämpfen von Freiräumen nicht
ein sehr steiniger Weg, der zudem mit unzähligen Stolperfallen
gesäumt ist?

Ein Weg, der durch ständiges "gegen Mauern anrennen" ge-
prägt ist und Don Quichottes Kampf gegen die Windmühlen
wie einen Sommerspaziergang erscheinen lässt?

Auf jeden Fall sollte die Vernetzung mit GenossInnen einer der
ersten Schritte sein.

Dafür steht das Anarchistische Forum OWL!

Wir freuen uns sehr über eure Meinung zu diesem Thema!



Noch'n Buchtipp:

Hoch lebe sie – die Anarchie!

So lautet der Titel des aktuellen, mittlerweile siebten (wenn ich richtig gezählt habe) Gedichtbandes von Ralf Burnicki. Ein explizit und programmatisch der „Anarchie“ gewidmeter Band – das kommt sicherlich für niemanden überraschend, der nur wenig mit dem Werk des Autors vertraut ist. Denn an anarchistischer Haltung oder libertärem Esprit hat es seinen Texten nie gefehlt, auch wo sie sich mit anderen Themen beschäftigten oder scheinbar unpolitisch daher kamen. Nicht umsonst nimmt er seit 20 Jahren das Label der „Anarcho-Poetry“ für sich in Anspruch.

Erstmals also ist die „Anarchie“ an sich Thema, in 8 poetischen Prosagedichten, angefangen mit einem „Brief an die Anarchie“, bildgewaltig und sprachmächtig wie immer, Texte, die dicht, aber nicht schwer sind, denen die agitatorische Last der Anklage, der Entlarvung, des kämpferischen Appells abgeht, nicht jedoch der polemische Stachel der Kritik, die rhetorische Schärfe in der Zeichnung der herrschenden Zustände.

Alles in allem ein Band von erstaunlicher Leichtigkeit und Zuversicht – von „Fröhlichkeiten“ ist die Rede: kongenial begleitet von 11 Grafiken des bekannten anarchistischen Zeichners Findus, die das Emporstrebende, im besten Sinne des Wortes Optimistische der Texte bestens zur Geltung bringen.

Ralf Burnicki & Findus

Hoch lebe sie - die Anarchie!

Anarcho-Poetry,

Verlag edition Av, Lich 2014,

ISBN 978-3-86841-102-7, 49 Seiten, 9,80 €.

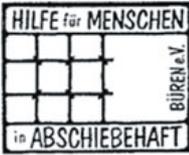
Erhältlich im FAU-Büro, Metzger Str. 20

oder über den Buchhandel.



Links

Andere Gruppen machen auch gute Arbeit:



Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.



FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION BIELEFELD

bielefeld.fau.org | faubi-kontakt@fau.org



DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen

organisiert in der Internationalen der Anarchistischen Föderationen



Animal Liberation Front



DO 19-20 UHR
FR 14-18 UHR

Heeper Str. 132,
33607 Bielefeld

infoladenanschlag.
wordpress.com



ANARCHISTISCHES FORUM OWL

Unser Grundsatzprogramm

Präambel

Derzeit befindet sich die Welt in einem Zustand sozialer, wirtschaftlicher und politischer Veränderungsprozesse, wie sie mindestens seit den 1960er Jahren, wahrscheinlich seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr erlebt wurden. In allen Regionen der Welt begehren Menschen auf, kämpfen gegen ihre Unterdrücker_innen und für ein freies, selbstbestimmtes Leben, frei von materieller Not, Ausbeutung und Unterdrückung.

Um diese Ziele zu erreichen, ist die Überwindung der herrschenden, kapitalistischen Gesellschaftsordnung keine Option, sondern eine zwingende Notwendigkeit. Wir als Anarchist_innen sind der Meinung, dass es diese Zeit der Umwälzung produktiv zu nutzen gilt, um unserem Ziel einer herrschaftsfreien Gesellschaftsordnung näher zu kommen. Daher gilt es für uns, den Blick nicht nur auf ferne Länder zu richten, sondern auch vor Ort aktiv zu werden. Dieser Aufgabe stellt sich das anarchistische Forum OWL.

Wofür wir stehen

- ★ Wir stehen für eine Gesellschaft, die allen Menschen, ungeachtet ihrer Herkunft, ihrer Geschlechtsidentität, ihres Alters oder anderer Eigenschaften ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit ermöglicht, in freier Assoziation mit anderen Menschen.
- ★ Wir stehen für Selbstorganisation und Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen, in der Politik, in der Güterproduktion und -Verteilung, in der Bildung, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Freie Menschen in freien Vereinbarungen!
- ★ Wir stehen für einen Anarchismus der Vielfalt, der sich nicht auf eine Richtung oder eine Szene beschränkt. Bei uns sind alle Konzepte, Aktionsformen und Lebensentwürfe willkommen, die sich mit anarchistischen Prinzipien in Einklang bringen lassen. Anarchismus ist für uns kein Lifestyle, sondern ein politisches Programm zur Veränderung der Welt.
- ★ Wir stehen für den Aufbau einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, an der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können. Da die heutige Gesellschaftsordnung grundlegend von den zentralen Unterdrückungsmechanismen Sexismus, Kapitalismus und Rassismus geprägt ist, ist ihre revolutionäre Überwindung für uns eine Notwendigkeit. Da auch wir ein Teil dieser Gesellschaft sind, ist es ebenfalls notwendig, allen Erscheinungsformen des Autoritarismus wie bspw. elitären, dominanten oder patriarchalen Verhaltensweisen auch in unseren Zusammenhängen entschieden entgegen zu treten.
- ★ Wir stehen für eine Gesellschaftsordnung, die nicht nur von kapitalistischen, sondern auch von sexistischen und patriarchalen Unterdrückungsverhältnissen befreit ist. Wir bekämpfen diese Unterdrückungsverhältnisse nicht nur gesamtgesellschaftlich, sondern streben auch in unseren eigenen Zusammenhängen eine Kultur an, die frei von sexistischer und patriarchaler Unterdrückung, Homophobie und Transphobie ist.
- ★ Wir stehen für eine Gesellschaft, die auch frei von rassistischer Unterdrückung und Diskriminierung ist. Die Bekämpfung aller Formen von Rassismus und Antisemitismus ist unser Ziel. Wir stehen für eine Gesellschaft frei von materieller Not, in der alle Menschen ihre Bedürfnisse, materiell wie immateriell, gleichberechtigt befriedigen können.
- ★ Wir stehen für den Aufbau einer Ökonomie, die die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse bei gleichzeitigem Schutz der Natur ermöglicht. Zu diesem Zwecke befürworten wir die selbstbestimmte Nutzung von Technik unter Beachtung des ökologischen Gleichgewichts. Die kapitalistische Ausbeutung von Mensch und Natur lehnen wir ebenso ab wie die Menschen- und Technikfeindlichkeit.

Wir stehen für den Aufbau einer basisdemokratischen Wirtschaftsordnung, die die kapitalistischen Eigentums- und Unterdrückungsverhältnisse überwindet und eine selbstverwaltete, bedürfnisorientierte Produktion und Verteilung von Gütern sicherstellt. Die Kontrolle über die Produktion kann nur von den Produzierenden selbst ausgeübt werden!

★ Wir stehen für den Aufbau eines Bildungswesens, das allen Menschen ein selbstbestimmtes Lernen zur freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit, ihrer Fähigkeiten und Neigungen ermöglicht; ein Bildungswesen frei von Zwang, Konformitätsdruck und kapitalistischer Zurichtung. Gesellschaftliches Wissen muss allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein!

★ Wir stehen für die Verknüpfung lokaler und globaler Kämpfe. Allen Menschen weltweit, die um ihre Freiheit und Würde kämpfen, gilt unsere tatkräftige Solidarität. Gleichzeitig sind wir kontinuierlich vor Ort politisch tätig, um eine freiheitliche Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Was wir tun

1. **Verbreitung anarchistischer Ideen,**
2. **Organisierung und Vernetzung freiheitlich denkender Menschen in OWL und Umgebung, über Szenegrenzen hinweg. Aufbau einer verlässlichen Anlaufstelle für diese Menschen in der Region.**
3. **Erprobung anarchistischer Lebens- und Wirtschaftsformen in Theorie und Praxis.,**
4. **Solidarische Beteiligung an aktuellen sozialen Kämpfen,**
5. **Alles, was Ihr draus macht. Das Anarchistische Forum ist explizit als offene Plattform gedacht!**

**Für eine Gesellschaft
der Freiheit, des Friedens
und der Gerechtigkeit!**

Für die Anarchie!

★ ANARCHISTISCHES FORUM OWL ★